

# Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 22. November 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Preisabbau und Lohnsenkung

Die Regierung Brüning erläßt unter dem 15. November 1930 einen Appell an die Bevölkerung, in dem die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie gefordert wird. Durch Verbilligung in Erzeugung und Verbrauch müsse die Wirtschaft neu belebt werden, um die Wirkungen abzuschwächen, die durch Kürzung der Beamtenbezüge und der Lohnsenkungen sich ergeben. Im gewöhnlichen Leben nennt man das: dem Kranken eine Beruhigungspille geben!

Es wird in der Regierungskundgebung weiter versichert, daß es Sache der Regierung sei, die Schäden und Nachteile von Angebot und Nachfrage zum Ausgleich zu bringen. Aber noch wichtiger, als der Zwang durch Verhandlungen des Staates einen Druck auf Produktion und Handel auszuüben, sei der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf die „Widerstrebenden“. „Durch die Hand der Hausfrau gehen jährlich 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens. Bevorzugung der Verkäufer der Waren, die billiger und besser sind, liegt in ihren Händen.“ Die öffentliche Meinung brauche es nicht zu dulden, wenn durch Zurückhaltung im Preisabbau unberechtigte Vorteile entstehen. Wie nett! möchte man ausrufen. Welch edle Gesinnung spricht aus diesem Regierungswort und welche miserable Praxis zeigt sich seit dem Bestehen dieser Lohnabbauregierung! Es wird dann Gerechtigkeit für den Landwirt gefordert, dessen Preise weit unter den Stand anderer Waren hinabgeglitten seien, wobei ganz vergessen wird, daß die Masse der Konsumenten auf die enorme Preisdifferenz zwischen den landwirtschaftlichen Produktionspreisen und den Preisen der Nahrungsmittel im Groß- und Kleinhandel so gut wie keinen Einfluß hat. Im Gegenteil, als tüchtiger Handelsmann gilt im kapitalistischen Staat, wer recht viel Profit herausholt! Es freut uns zwar, daß das Prinzip der kontrollierten Preiswirtschaft, das die Gewerkschaften seit vielen Jahren fordern, wenn auch nur vorübergehend, von der Regierung anerkannt wird. Ob aber diese plötzliche Umstellung den Handel selbst veranlaßt, von seinen Riesenprofiten Abstand zu nehmen, ist eine andere Frage. Aber die Regierung kommt sogar mit Beweisen des Fortschritts der Abwärtsbewegung. Wohl gemerkt, der Urstoffe der Wirtschaft, wie Kohle, Holz, Walzwerksprodukte und Baustoffe, die in den letzten Monaten 6 bis 15 Proz. gesunken sind. Aber damit hat der Konsument verdammt wenig Hilfe; denn von dieser Preisherabsetzung profitiert ausschließlich die Fertigungsindustrie und wiederum der Handel, der mit seiner Herabsetzung der Preise nur ganz langsam nachkommt.

Nun ist aber auch der Brotpreis an manchen Orten von 50 auf 46 Pf., in anderen Fällen, wie in Berlin, um ganze 2 Pf. herabgedrückt. Das Schweinefleisch ist 5 Pf. billiger geworden wegen des großen Angebots. Alle anderen Fleisch-

preise sind noch immer unberührt von der Verbilligung. Gefrierfleisch ist gewaltig verteuert und im Kontingent mit Hilfe der Regierung wesentlich verkleinert worden. Der Preis der Kartoffeln ist zwar um 2 bis 3 Pf. pro Pfund gesenkt, beträgt aber immer noch das fünf- bis sechsfache des Erzeugerpreises. Gemüse und Obst, bei dem nach Aussage der Regierung die Verkäufer eine Preissenkung grundsätzlich zugesagt haben, steigt bereits wieder im Preise. So muß man sagen, daß die Aktion der Regierung bis jetzt für den Haushalt der Arbeiterfamilien so gut wie nichts bedeutet und irgendwelche Lohnsenkung überhaupt nicht rechtfertigt.

Nun wird aber noch ein Preisrückgang der Markenartikel verkündet mit einem Ausmaße von 5 bis 20 Proz. Auch hier dürfte sich für den Verbraucher die Auswirkung leider allzu gering ausweisen.

Wir stellen fest, daß der neueste Lebenshaltungsindex noch immer 145 beträgt, daß ferner der Großhandelsindex sogar in der letzten Woche etwas gestiegen ist. Groß- und Kleinhandel wehren sich mit allen Kräften gegen weitere Preisherabsetzung.

Wir möchten nun beileibe nicht in den Verdacht kommen, als wenn wir diese Preissenkung nicht wünschen. Wir fühlen uns als Vertreter der Konsumenten, die ja alle unsere Mitglieder sind. Es muß aber festgestellt werden, daß das Gleichgewicht im Haushalt der Arbeitnehmerschichten niemals hergestellt werden kann bei fünf- bis zehnprozentiger Lohnsenkung und ein- bis zweiprozentiger Preisherabsetzung, um die es sich gegenwärtig noch immer handelt. Wenn die Preissenkungsaktion nicht Sand in die Augen der öffentlichen Meinung streuen soll, dann muß zunächst eine viel schärfere Preiskontrolle aller Kartelle, Preiskonventionen, Markenartikel usw. stattfinden. Ferner ist den Wucherzinsen der Banken unverzüglich der Garaus zu machen. Wenn das die Regierung Brüning nicht kann oder nicht will, so wird ihr Appell an die Öffentlichkeit Schall und Rauch bleiben.

Wiederholt hat auch die bürgerliche Presse festgestellt, daß man von einer wahren Preislawine in der Nachkriegszeit sprechen kann, d. h. vom Produzenten bis zum Kleinverkauf beträgt oftmals der Preis das Zehnfache. Da heutzutage der Handel weit besser organisiert ist als die Arbeitnehmerschaft (welch letztere noch dazu in unendlich viele Splitter- und Gegenorganisationen zerfällt), so ist es kein Wunder, daß auf diesem Gebiete der Profitwucher gang und gäbe geworden ist. Unsere Kollegen werden durch eifrige Organisationsarbeit alles daransetzen müssen, daß die Preissenkungsaktion der Regierung nicht zum Ablenkungsmanöver wird gegenüber den Lohnsenkungsstendenzen des Unternehmertums und der Verwaltungen. Kollegen, seid auf der Wacht!

E. D.

## Die deutsche Wirtschaftsnot

Die Krisenerscheinungen innerhalb der deutschen Wirtschaft haben in den letzten Wochen eine weitere Verschärfung erfahren, die offenbar im engsten Zusammenhang mit der politischen Entwicklung steht. Der Ausfall der Reichstagswahlen hat eine starke Beunruhigung hervorgerufen, die zu zahlreichen Kündigungen von in Deutschland investierten ausländischen Kapitalien führte und eine weitere Kapitalflucht veranlaßte. Ein wesentlicher Teil der Schuld trifft hierfür die Regierung Brüning, die unter Verkennung des psychologischen Charakters der gegenwärtigen Krise eine Politik verfolgte, die nichts anderes hervorrufen konnte, als das schon so stark herabgesetzte Vertrauen in die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft noch weiter herabzumindern. Unter dem Einfluß der Diskonterhöhung der Reichsbank und gewisser politischer Ereignisse ist zwar inzwischen eine gewisse Beruhigung eingetreten. Eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage macht sich jedoch nicht bemerkbar. Nach wie vor herrscht eine pessimistische Stimmung vor, die nicht gehoben werden kann, solange man nicht in den sogenannten wirtschaftsführenden Kreisen selbst aufhört, durch unsinnige Tatarennachrichten über den Niedergang und den drohenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft das Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit zu untergraben.

Daß die Finanzlage des Deutschen Reiches eine äußerst kritische ist, steht außer Frage, besonders nachdem die Arbeitslosigkeit noch immer weiter steigt und für den bevorstehenden Winter eine geradezu katastrophale Höhe in Aussicht stellt. Doch ist das eine Erscheinung, die zwar für die deutsche Wirtschaftslage eine schwere Belastungsprobe darstellt, aber nicht vereinzelt dasteht. Auch das Ausland hat in wachsendem Maße darunter zu leiden. Das hindert jedoch nicht, daß die deutsche Wirtschaftslage gerade von ausländischer Seite verhältnismäßig günstig beurteilt wird. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür bietet ein der britischen Botschaft in Berlin vorliegender Bericht ihrer Handelsberater über die Lage der deutschen Wirtschaft, der volle Beachtung verdient.

In diesem Bericht wird die gegenwärtige Wirtschaftskrise als Fortdauer jener Periode industrieller Depression, wachsender Arbeitslosigkeit, finanzieller Anspannung und politischer Krise bezeichnet, die im Jahre 1929 einsetzte. Gleichwohl habe die blühende Ausfuhr Deutschlands angehalten. Die Zahl der deutschen Schiffe habe zugenommen, wodurch der Anteil an den Frachten der Welt gestiegen sei. Auch die modernisierte und reorganisierte deutsche Industrie sei bereit, bei einer Wendung der Konjunktur die Flut des Handels aufzufangen. Die Bedingungen am Kapitalmarkt werden gleichfalls günstig beurteilt. Es wird zugegeben, daß Deutschland für seinen Kapitalbedarf und für die Abtragung seiner Verpflichtungen an das Ausland noch im gewissen Maße ausländischer Kredite benötige, dagegen behauptet, daß dieser Bedarf geringer sei, als man im allgemeinen annehme. Die Kapitalbildung sei bereits beträchtlich vorgeschritten und es bestünde eher ein Problem in der Richtung einer wirtschaftlichen Verwendung der verfügbaren Mittel, als ihrer Vermehrung durch Kreditaufnahme im Auslande. Wie in allen Ländern mit schweren Steuerlasten werden große Summen deutschen Geldes außerhalb der Grenzen getrieben. Fände man die Mittel, diese Beträge nach Deutschland zurückzuziehen, so bestände für Deutschland nur noch ein geringer Zwang dazu, ausländisches Kapital in Anspruch zu nehmen.

Das lautet wesentlich anders, als die deutschen Wirtschaftsführer aus nur zu durchsichtigen Gründen glauben machen wollen. Die Beurteilung der deutschen Wirtschaft durch den britischen Bericht zeigt, daß man im Auslande die Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage genau verfolgt. Man kennt dort ihre Schwierigkeiten, aber auch die der deutschen Wirtschaft trotz alledem innewohnende Lebenskraft und läßt

sich über die bestehenden Verhältnisse nicht täuschen. Bemerkenswert ist, daß diese Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage nahezu vollständig mit dem übereinstimmt, was von objektiv urteilenden Volkswirtschaftlern als auch von den Gewerkschaften an Hand einwandfreien finanz- und wirtschaftsstatistischen Materials festgestellt wurde.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zweifellos in einer Notlage; diese umfaßt aber keineswegs alle Wirtschaftsteile und ist daher keine allgemeine. Den Beweis hierfür liefert die trotz allen Klagen über Kapitalmangel ganz erheblich fortgeschrittene Kapitalbildung, die Kapitalflucht ins Ausland sowie die Tatsache, daß die großkapitalistischen Industrieunternehmen trotz der ungünstigen Wirtschaftslage doch noch recht erkleckliche Gewinne abwerfen. So war z. B. der Klöckner-Konzern ungeachtet eines Rückganges der Produktion in der Lage, im letzten Geschäftsjahr 1929/30 neben Verteilung einer 6prozentigen Dividende nicht weniger als nahezu 14 Millionen Mark für Neuanlagen aufzuwenden und diese Kosten aus dem laufenden Betriebsgewinn zu decken. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke erhöhten ihren Uberschuß von 20,3 Millionen Mark im Vorjahre auf 26 Millionen Mark und verteilten eine Dividende von 10 Proz. Dergleichen schließt die Elektrizität A.-G. vormals Lahmeyer in Frankfurt am Main ihr Geschäftsjahr mit einem erhöhten Gewinn von 5,7 Millionen Mark gegen 5,3 Millionen Mark des Vorjahres ab und war damit in der Lage, ihre Dividende von 10 auf 12 Proz. zu erhöhen. Derartige Fälle stehen keineswegs vereinzelt da, wie die Tatsache zeigt, daß im Jahre 1929 eine Reihe deutscher Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 3,01 Milliarden Mark, bei 831 Millionen Mark Reserven nicht weniger als 295,1 Millionen Mark Reingewinn erzielten und 235,5 Millionen Mark als Dividende verteilten, was eine Durchschnittsdividende von 7,7 Proz. ergibt. Von einer wirtschaftlichen Notlage ist hier also nichts zu bemerken!

Auch in anderer Richtung erscheint die — insbesondere von der Industrie — behauptete wirtschaftliche Notlage in einem sehr fragwürdigen Lichte, wofür nur dort auf die üblichen Direktorengehälter hingewiesen zu werden braucht, die bekanntlich ein wirtschaftliches Kapitel für sich bedeuten. Sind doch Direktorengehälter von 50 000, 100 000 und darüber hinaus in der Industrie keine Seltenheit. Wäre die Lage der deutschen Wirtschaft, mit der sich die Industrie mit besonderer Vorliebe identifiziert, wirklich so schlecht wie behauptet wird, so wären derartige Gehälter, die durch keinerlei wirtschaftliche Qualifikation gerechtfertigt sind, völlig undenkbar. Die behauptete wirtschaftliche Notlage besteht auf einer ganz anderen Seite! Sehr interessant sind in dieser Beziehung die Feststellungen der politisch-wirtschaftlichen Monatschrift „Die Tat“ über die Einkommenschichtung in Deutschland. Nach einer dort angestellten Untersuchung sind von den 65 Millionen Deutschen etwa die Hälfte erwerbstätig. Von diesen 32,5 Millionen Erwerbstätigen verdienen 29 Millionen, also 90 Proz., weniger als 2400 Mk. jährlich oder 200 Mk. monatlich. Mehr als 200 bis 3000 Mk. Einkommen im Monat haben nur 3,5 Millionen Erwerbstätige. Die Zahl derjenigen dagegen, die mehr als 3000 Mk. monatlich verdienen, beschränkt sich auf ganze 30 000 Personen.

Hiernach entfallen also in Deutschland auf die große Schicht von 90 Proz. der minderbemittelten Erwerbstätigen 70 Proz., auf die Mittelschichten 26 Proz. und auf die geringe, kaum nennenswerte Schicht der Besitzenden 4 Proz. des gesamten Volkseinkommens. Das bedeutet, daß 29,5 Millionen Menschen im Durchschnitt 120 bis 140 Mk., 3,5 Millionen durchschnittlich 450 Mk. und 30 000 Bevorzugte 12 000 bis 13 000 Mk. monatlich an Einkommen beziehen. Diese zunächst grobe Gliederung läßt sich noch weiter fortsetzen. Nehmen wir



eine weitere Teilung vor, so zeigt sich, daß von den 29,5 Millionen Erwerbstätigen mit einem durchschnittlichen Einkommen von 140 Mk. im Monat 16 Millionen weniger als 100 Mk., 6 Millionen zwischen 100 bis 125 Mk. und 7,5 Millionen 125 bis 200 Mk. Monatseinkommen haben. Das besagt, daß über die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland nicht einmal das amtlich anerkannte Existenzminimum beziehen. Von der übrigbleibenden Mittelschicht verdienen nur 70 Proz. zwischen 200 bis 500 Mk. monatlich. Die Zahl der zwischen 500 bis 1500 Mk. Verdienenden beläuft sich auf rund 16 Proz., so daß nur noch 14 Proz. verbleiben, die 1500 bis 3000 Mk. monatlichen Einkommen erzielen. Rechnet man diese den 30 000 Großverdienern zu, so haben wir in Deutschland nur 100 000 reiche Leute, die wirklich ohne Sorgen auskömmlich und gut leben können.

Wir haben in Deutschland eine Wirtschaftsnot, unter der aber nur die arbeitenden Volksschichten leiden! Die oberen Zehntausend mit ihrem Rieseneinkommen merken davon nichts. Für sie ist diese Wirtschaftsnot nur dem Namen nach oder insoweit vorhanden, als sie ihr Einkommen nicht ohne weiteres noch um ein Mehrfaches erhöhen können. Gerade sie sind es aber, die über die Wirtschaftsnot am lautesten schreien und unablässig bestrebt sind, die Millionen Arbeiter, Angestellten, mittleren und unteren Beamten in ihren Anstellungsbedingungen, Lohn- und Gehaltsbezügen noch weiter herabzudrücken. Deshalb die fortgesetzten Versuche nach Lohn- und Gehaltsabbau, denen die Erwerbstätigen den hartnäckigsten Widerstand entgegenzusetzen müssen, wenn sich ihre soziale Lage nicht noch weiter verschlechtern und ihre wirtschaftliche Not nicht verschlimmern soll. **M a t t u t a t.**

## Nachklänge zum endgültigen Schiedsspruch im Berliner Metallkonflikt

Unsere scharfe Verurteilung des von dem Sonderschiedsgericht gefällten Spruchs in dem Lohnkonflikt der Berliner Metallindustrie haben wir bereits in Nr. 46 der „Gewerkschaft“ zum Ausdruck gebracht. Der vom Metallarbeiterverband empfohlene Beisitzer in diesem Schiedsgericht, Professor S i n z h e i m e r, hat in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ seine Zustimmung zu dem Spruch folgendermaßen entschuldigend:

„Ich habe keine Bedenken, mich darüber zu äußern, aus welchem Grunde ich dem Schiedsspruch der Berliner Metallindustrie zugestimmt habe. Ich habe für den Schiedsspruch nicht deswegen gestimmt, weil ich grundsätzlich eine Lohnsenkung als das Mittel für eine Ueberwindung der Krise ansehe. Im Gegenteil teile ich in der grundsätzlichen Frage nach der volkswirtschaftlichen Berechtigung von Lohnsenkungen in der gegenwärtigen Lage alle Bedenken, die bereits von wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite dagegen erhoben worden sind. Ich bin auch nicht für eine Lohnsenkung in dem ausgesprochenen Ausmaße eingetreten, sondern habe im Gegenteil einen von dem früheren Schiedsspruche abweichenden Standpunkt vertreten, nicht nur was die Höhe der Lohnsenkung, sondern auch was ihren Beginn und ihre Staffelung anlangt. Erst als ich mich im Schiedsgericht davon überzeugen mußte, daß eine Lohnsenkung in Höhe von acht Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war, stand ich vor der Frage, ob ich eine solche Lohnsenkung in diesem hohen Ausmaße mit sofortiger Wirkung durch Wechselscheid des Schiedsgerichts eintreten lassen oder ob ich mit meiner Stimme wenigstens eine zeitliche Hinausschiebung dieser Senkung zu erreichen suchen sollte. Ich bin den letzteren Weg gegangen, um die sofortige Lohnsenkung um 8 Prozent zu verhindern. Schließlich weise ich darauf hin, daß es keineswegs die Auffassung des Schiedsgerichts war, den Entscheid in der Berliner Metallindustrie als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerbebranchen und Orten anzusehen. Die Begründung des Schiedsgerichts weist darauf hin, indem sie eine solche Bedeutung des Schiedsspruches ausdrücklich ablehnt.“

Natürlich hat der Schiedsspruch bei allen Gewerkschaften und begreiflicherweise am stärksten bei den Metallarbeitern die schärfste Verurteilung erfahren, wie ein Blick in die Gewerkschaftspresse beweist. Im Engeren Beirat des Metallarbeiterverbandes erklärte der Verbandsvorsitzende B r a n d e s,

„daß der Schiedsspruch alle Erwartungen des Verbandsvorstandes so gewaltig enttäuscht habe, daß man nur ein Gefühl der Empörung über dieses Urteil haben könne. Dieser letzte Schiedsspruch sei ein Verstoß gegen Treu und Glauben. Nachdem der erste Schiedsspruch des Schlichters Dr. Wölter von der Arbeiterschaft einstimmig abgelehnt worden sei und diese Ablehnung durch einen opferreichen Streik unterstrichen hat, mußte es als unmöglich erscheinen, daß derselbe Schiedsspruch von der neu ernannten Schlichterkammer wiederkehren konnte, auch nicht in der Form der Teilung, wie er jetzt vorliegt. Kein Mensch in ganz Deutschland würde diesen Schiedsspruch verstehen, weil er so vollkommen alles unberücksichtigt läßt, was seit der Fällung des amtlichen Schiedsspruches geschehen ist. Auch die dem Schiedsspruch beigegebene Begründung könne durchaus nicht befriedigen, und wenn der Hinweis in der Begründung gegeben wird, daß der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie nicht schematisch auf andere Gebiete Deutschlands übertragen werden soll, so sei die Stellung des Verbandes unbedeutend dieselbe geblieben, daß gegen jeden Lohnabbau, zumal dann, wenn er auch das Realeinkommen der Arbeiter verschlechtert, jeder nur mögliche Widerstand geleistet wird. Daß es der Verbandsleitung mit dieser Auffassung Ernst ist, beweise ja der inzwischen erfolgte Ausstand der Arbeiter in Bielefeld.“

Bei der Tagung des Erweiterten Beirats kam die Empörung noch stärker zum Ausdruck. Insbesondere wurde das Verhalten Sinzheimers gerügt. In folgender Entscheidung wurde das Ergebnis der Aussprache zusammengefaßt:

„Der am 12. November 1930 in Berlin versammelte Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes spricht dem Vorstand, der Ortsverwaltung und den Berliner Kollegen die Anerkennung aus für den unter ungünstigen Verhältnissen aufgenommenen und durchgeführten Kampf gegen den von den Metallindustriellen geforderten Lohnabbau, der auch noch von der Schlichterkammer unter Dr. Wölter durch einen untrüglichen Schiedsspruch unterstützt wurde. Die Abwehr war unerlässlich, weil dieser amtliche Schiedsspruch und seine drohende Verbindlichkeitsklärung die verhängnisvollsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen haben mußte. Deshalb wandte sich auch die Mehrheit des Reichstages und die breitere Öffentlichkeit gegen eine Verbindlichkeitsklärung des unverständlichen Schiedsspruches. Um so empörender ist der unter dem Vorbehalt Dr. Brauns von den drei Unparteiischen gefällte neue Schiedsspruch vom 8. November 1930, der als offener Betrug von den beteiligten Gewerkschaftsfunktionären und -arbeitern und als eine Provokation von der gesamten Arbeiterschaft empfunden werden muß; um so mehr, als der bisherige Verlauf der Preisenkungsaktion, insbesondere für die notwendigen Lebensgüter, einer Verhöhnung der Arbeiterschaft gleichkommt. Der Erweiterte Beirat hat kein Verständnis für das Verhalten des vom Verband benannten Unparteiischen, Prof. Dr. Sinzheimer, der durch seine Zustimmung zu dem Schiedsspruch, auch wenn er damit den Zweck verfolgte, einen noch schlimmeren zu verhindern, die Verantwortung für denselben mitübernommen und damit die beiden anderen Unparteiischen entlastet hat. Die Entscheidung der drei Unparteiischen ist eine Hilfe für die arbeitserfeindlichen Bestrebungen des gesamten deutschen Unternehmertums. Aber der Deutsche Metallarbeiterverband wird allen Angriffen gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bisher den größtmöglichen Widerstand entgegenzusetzen. — Die reaktionären Attentate gegen die Berliner Arbeiterschaft sind aber nur möglich infolge der die Arbeiterbewegung zerschlagenden und zermürbenden Tätigkeit der Kommunistischen Partei, die selbst in diesem schweren Berliner Kampfe ihre Aufgabe lediglich darin sah, die Arbeiter gegeneinander zu hegen, um sie zu schwächen. Diesem verbrecherischen Handeln setzte die Kommunistische Partei Deutschlands die Krone auf durch die Bildung einer neuen Organisation, die zur Interessenvertretung der Arbeiter unfähig ist, auch keine Kampforganisation der Arbeiter gegen die kapitalistische Reaktion und die Scharfmacher, sondern eine mit den gemeinsten Mitteln arbeitenden Kampforganisation gegen die in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter sein soll. Die von der KPD. aufgestellte Behauptung, daß die Ortsverwaltung Berlin oder irgendeine andere Körperschaft oder Person des Deutschen Metallarbeiterverbandes den letzten Schiedsspruch vorher gefordert, ja denselben mitveranlaßt habe, entspringt nur der niedrigsten Geinnung; ist eine Infamie und wird mit der größten Verachtung zurückgewiesen. Der erweiterte Beirat brandmarkt dieses arbeiterverräterische Verhalten der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer sogenannten KPD. und fordert alle denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und des ganzen Reiches auf, diesem arbeiterschädlichen Treiben Halt zu gebieten. Er ruft angesichts der dauernden Verschärfung der Klassegegnisse die Metallarbeitererschaft zur höchsten Wachsamkeit und Solidarität und zur unermüdbaren Stärkung der Macht und des Einflusses des Deutschen Metallarbeiterverbandes auf. Besonders an die Metallarbeiter Berlins ergeht der Aufruf, aus dem Verlauf des Kampfes die Lehre zu ziehen, daß nur durch festgefügte, innerlich geschlossene Organisation aller Metallarbeiter im Deutschen Metallarbeiterverband den Unternehmern der erforderliche Widerstand geboten werden kann.“

In einem scharf gehaltenen Artikel gegen den Schiedsspruch mißt der „Vorwärts“, das Organ des Berliner Ortsausschusses des ADGB, dem Reichskanzler Brüning und dem Reichsarbeitsminister Stegerwald die Hauptschuld an dem schlechten Ausgang der Lohnbewegung der Metallarbeiter zu, sei doch der

anfangs verständigungsberete Generaldirektor des Siemens-Konzerns, Dr. Költgen, von ihnen umgestimmt worden. Der Artikel schließt dann:

„Den Metallarbeitern sei aber folgendes gesagt: Ihr habt eine Schlacht verloren, nicht ohne eigene Schuld! Besonders den Unorganisierten und den wortbrütigen RGD-Leuten muß angefaßt dieses Ausanges klar gemacht werden, daß sie mitschuldig an diesen Lohnraub sind. Man hat die Metallarbeiter angegriffen, weil sie die schwächste Stelle in der Front der gewerkschaftlichen Organisationen darstellen. Mit 50 Proz. Unorganisierten läßt sich kein Kampf gewinnen! Warum hat man nicht bei den Holzarbeitern, im graphischen Gewerbe und bei anderen gut organisierten Gruppen den ersten Sturm angefaßt? Weil sich dort die Unternehmer- und Regierungswünsche im Dunst aufgelöst hätten. Die Arbeitergruppen hätten solange gestreikt, bis der anderen Seite der Lohnabbauversuch zu teuer geworden wäre. Der Metallarbeiterstreik konnte nach 14 Tagen aber nicht mehr länger gehalten werden, weil nicht nur die Gelben, nein auch die blutig roten Unorganisierten der RGD schon am Tage vor der Arbeitsaufnahme in hellen Scharen in die Betriebe gelaufen sind. Siehe Metallwert Siemens! — Wohl ist und bleibt der Schiedsspruch eine politische Mißtat ersten Ranges an der Arbeiterschaft. Aber ihr wäre der Erfolg verfaßt geblieben, wenn die Metallarbeiter besser organisiert gewesen wären. Die Unorganisierten der Metallindustrie und ihre Freunde von der RGD haben die Niederlage verschuldet. Jetzt haben sie bis Ende Juni Zeit, sich zu besinnen und dann erneut und besser zu kämpfen.“

Selbstverständlich mußte auch der Vorstand des ADGB zu der Sache Stellung nehmen. Er gibt seiner Meinung in folgender Entschliebung Ausdruck:

„Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erblickt in dem neuen Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrisis und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.“

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten, daß eine durch Lohnkürzungen bewirkte Schwächung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung den Absatz vermindern, die Krisis verschärfen, die Arbeitslosigkeit vermehren muß. Diesen Standpunkt, der von geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesausschuß des ADGB, ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die

Verbindlicherklärung des ursprünglichen Schiedsspruches Verwahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand entschiedenen Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schiedsspruches durch die Entscheidung des Schiedsgericht vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung einseitig dem Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preisenkürzungen als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind. Zwischen der Rücksichtslosigkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die Senkung der Preise ausüben vermögen, besteht ein Mißverhältnis, das aufreizend wirken muß. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu, zur Förderung des Gemeinwohles Opfer auf sich zu nehmen, unverkühlt erkennen lassen.

Der Schiedsspruch hat die nachteiligsten Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verschärft die Gegensätze in den kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung.

Den Arbeitern muß der Schiedsspruch vor allem zeigen, daß ihre Stärke auf ihrer Geschlossenheit beruht. Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisationen einzusetzen.“

## Berechnung der Arbeitskraft — oder Arbeitszeitverkürzung

Bei Betrachtung des Arbeitszeitproblems wird es immer dringender, daß die Arbeiterschaft von sich aus Stellung hierzu nimmt. Wie die Dinge heute liegen, ist Gefahr vorhanden, daß vom grünen Tisch aus über das dringende Bedürfnis der Arbeitszeitverkürzung gehandelt wird, und zwar zuungunsten der Arbeitnehmer. Man vergesse nicht, daß der Arbeiter Objekt ist, aber daß es am Ende auch von ihm abhängt, ob die zu erwartende Regelung auch nutzbringend für die sowieso schon daniederliegende Volkswirtschaft wird.

Innerhalb ihrer Betriebe verspürt die Arbeiterschaft immer mehr den Druck der Rationalisierung. Sie hat ein feines Gefühl für die gesteigerte und bis ins kleinste berechnete Technik von heute. Sie ahnt, daß mit jeder Maschine, die neu in den Betrieb hineinkommt, so und sovieler arbeitslos werden. Auch hat sie ein feines Gefühl für die wohlwollende Meinung des Betriebsleiters, wenn er sagt: „Die Arbeit wird euch immer leichter gemacht“. Ja, die Arbeit wird so leicht, daß zuletzt der Arbeiter überhaupt zu Hause bleiben kann.

Der Arbeiter versteht unter dem Begriff „Rationalisierung“ soviel wie „Berechnung und Steigerung der Technik“, zum anderen aber auch „Berechnung und Steigerung der Arbeitskraft, und zwar der lebendigen Arbeitskraft“.

Ob es notwendig ist, hinzuweisen auf die Arbeitszeitstudienprobleme, etwa der Rfa oder des Bedaux-Systems oder anderer. Ich glaube nicht. Bei seinem Arbeitsvorgang merkt jeder Arbeiter, wie er heute beobachtet, wie jede Bewegung verrechnet wird. Er weiß, daß auf dieser Grundlage die Produktion gesteigert werden soll, daß die Geschwindigkeit des einzelnen sowie die Auswahl der Besten, als Manometer für die übrigen gelten soll. Rücksichtslos darauf, daß nicht jedem ein gewisses Talent bei seiner Geburt mit auf den Lebensweg gegeben wurde, werden dann die Schwächsten ausgegliedert, unter Umständen sogar arbeitslos gemacht.

Diese Steigerung des Arbeitstempes, auch der Anreiz zu hohen

Löhnen durch Gewährung von Prämien, kommt aber nur dem Arbeitgeber zugute. Er hat durch die gesteigerte Produktion nicht nur einen Gewinn von Gütern zu verzeichnen. Durch die größere und vor allem andauernde Anstrengung des Einzelarbeiters, erreicht er auch einen Gewinn an Arbeitszeit. Dies ist ein Vorgang, der nur von wenigen beachtet wird. Der Arbeitgeber sagt wohl: dafür zahlt er auch besser. In Wirklichkeit stimmt dies nicht. Er entläßt sofort Arbeiter, wenn er merkt, daß durch die Geschwindigkeit einzelner so viel produziert wird, daß andere übrig bleiben. Einem Leerlauf ist er, im Interesse der Rentabilität, gezwungen auszuweichen. Gibt er nun, nachdem er so und sovieler entlassen hat, einigen einen höheren Lohn, so hat er immer noch verdient. Wie es nun den Arbeitslosen geht, das überläßt er dem Staat. Schimpft aber dann auf letzteren, wenn dieser durch gesetzliche Maßnahmen — Arbeitslosenversicherung, Steuern u. a. m. — eingreift.

Für die im Produktionsprozeß Zurückgebliebenen bedeutet aber diese Wirtschaft, weil das Arbeitstempo bis aufs äußerste gesteigert ist, eine erhöhte Arbeitszeit. Da ein Mehrverbrauch von Arbeitskraft eine erhöhte Arbeitszeit bedeutet, so ist dies eine Gefahr für die persönliche Arbeitskraft, und dem muß der Staat, müssen alle diejenigen entgegensteuern, die ein Interesse an der Volksgesundheit haben. Wenn Dr. Springorum auf einer Tagung des Langnam-Vereins sagte, „daß Arbeit nur durch Mehrarbeit beschafft werden kann“, so lassen wir dieses Wort gelten. Man schaffe mehr Arbeit, besonders für die, die noch keine haben, aber diejenigen, die im Produktionsprozeß stehen, müssen schon viel zu viel und zu lange arbeiten. Heute kann nur eine Arbeitszeitverkürzung helfen. Die Arbeiterschaft will arbeiten, weil sie ihrer Existenz wegen arbeiten muß. Den Bogen jedoch überspannen, hieße, im Angesicht des kommenden Winters, ihn zerreißen. Wer hat Mut dazu?

Georg Harig.



## Rundfunk

## Rundfunk als Kulturfaktor



Es darf als feststehend angesehen werden, daß die Bedeutung des Rundfunks als Unterhaltungsinstitution vom deutschen Volk voll gewürdigt wird, denn gegenwärtig beträgt die Zahl der Hörer bereits mehr als 3¼ Millionen in Deutschland. Nimmt man hierzu den Vermittlungsradius in der Familie oder gar in Coxalen, so sind mindestens 12 bis 15 Millionen vom Rundfunk erfaßt. Das ist zwar eine respektable Zahl, kann aber mit manchen kleineren Ländern, wie z. B. Holland, nicht einmal verglichen werden, weil dort eine viel stärkere Beteiligung vorhanden ist, zumal auch die ganz kurzen Wellen vielfach benutzt werden dürfen für Vereine usw., etwas, was in Deutschland vorerst noch verboten wird.

Der fünfte Bundestag des Arbeiter-Radio-Bundes tagte am 1. und 2. November 1930 in Berlin im Gewerkschaftshaus und brachte allen Teilnehmern klar zum Bewußtsein, daß zwar auch heute schon neben dem Unterhaltungsfunk die kulturellen

Aufgaben des Rundfunks ungeheure Bedeutung haben für die Arbeiterschaft. Sie müssen jedoch in ganz anderem Maße gefördert werden. Daneben besteht die besondere Aufgabe, den Arbeiterfunk so zu gestalten, daß Gewerkschaften, Partei und Arbeiter-Sportbewegung davon zweckentsprechenden Nutzen haben. Diese Dinge liegen heute noch ziemlich im argen, wie auf dieser Tagung auch der bisherige Geschäftsführer Sequali im einzelnen nachwies. Interessant war auch das Referat des Genossen Weimann vom Sozialistischen Bildungsausschuß, der über die Programmdarstellungen des Rundfunks eingehend berichtete und eine scharfe Kritik daran knüpfte. Zwar hat sich manches durch Kulturbeiräte, Ueberwachungsausschüsse und Rundfunkberater des Arbeiter-Radio-Bundes gebessert; aber die Programmleiter der Sendegesellschaften sind doch noch weit entfernt davon, die berechtigten Wünsche der sozialistischen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften in solichem Umfange zu berücksichtigen, wie man das unbedingt fordern muß. Die Unterhaltung spielt im Rundfunk heute eine noch gar zu große Rolle, während die belehrende, würdige Kunstgestaltung und ein planmäßig durchgeführtes Vortragswesen noch viel zu wünschen übrig lassen. Wenn man schon gegen die ausführliche Wiedergabe von kirchlichen Feiern usw. keinen Einspruch erheben soll, müßte die Voraussetzung gegeben sein, daß auch die weltlichen Feiern der Freidenker, Kulturbünde, der Gewerkschaften usw. entsprechend Berücksichtigung finden. So kann mit Fug und Recht z. B. verlangt werden, daß die künstlerischen Veranstaltungen am 1. Mai, die in zahlreichen großen Städten Deutschlands stattfinden, auch im Rundfunk übertragen werden. Ebenso muß eine wesentlich stärkere Aktualisierung des Rundfunks erfolgen unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft. Oftmals werden Vorträge ganz kleiner Wirtschaftsgruppen des Unternehmertums, des Handels usw. berücksichtigt, während die breiten Ströme der Kulturbewegung der Arbeiterschaft ungenügend beachtet werden. Wir müssen fordern, daß alle Bestimmungen, die sich gegen die sozialistisch eingestellte Arbeiterschaft richten, beseitigt werden und keine Zensur stattfindet, die hier und da noch indirekt vorgefunden wird. Erfreulich an dieser Tagung war immerhin, daß der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, seine Ansprache über die Probleme des Rundfunks unter besonderer Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Wünsche im Rundfunk selbst wiedergeben konnte. Ebenso wurde ein Referat des Vorsitzenden Kurt Baake, Berlin, ferner Medlin, Breslau, und Königstedt, Hamburg, von den meisten deutschen Sendern übernommen. Die Tagung in Berlin hatte trotz des etwas unwürdigen Rahmens (im überfüllten Raum) einen verheißungsvollen Ausklang. Die Bewegung des Arbeiter-Radio-Bundes wächst, die Zeitung, der „Arbeiterfunk“, hat an Ausdehnung, innerer und äußerer Ver-

besserung gewaltig zugenommen und findet allgemein Anerkennung. Es darf erwartet werden, daß die Auswirkungen dieser Tagung sich auch in einer Verbesserung des deutschen Rundfunks über kurz oder lang bemerkbar machen.

Wenn diese Tagung des Arbeiter-Radio-Bundes als Auftakt für neue Kulturarbeit im Sinne der Arbeiterschaft zu bewerten ist, so möchten wir an dieser Stelle noch die allgemeinen Gesichtspunkte für unsere Kollegen in den Vordergrund stellen, die den Rundfunk als Kulturfaktor besonders zur Geltung bringen. Gewiß gibt es eine große Reihe Baustellen, denen die Technik des Rundfunks vorwiegend Interesse abnötigt. Ihr Interesse für Radiotechnik ist so stark, daß sie kaum „Zeit“ haben, das Programm im einzelnen zu verfolgen und zu überhören. Es mag sein, daß auch in diesen technischen Bastelarbeiten sehr viel Idealismus steckt. Berücksichtigt man die dafür aufgewandte Zeit und bedenkt man ferner, daß so mancher dadurch als Funktionär in Gewerkschaft

## ARBEITS- VERMITTLUNG DURCH RADIO

Die Feinde der Arbeitslosenversicherung möchten nicht nur die Unterstützung abbauen, sondern auch die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter. Wir stehen demgegenüber auf dem Standpunkt, daß beide Einrichtungen ausgebaut werden müssen. Das Beispiel des Berliner Arbeitsamts, allabendlich durch Radio die offenen Stellen für Spezialarbeiter bekanntzugeben, sollte in dieser Notzeit nachgeahmt werden. **Das kostet kein Geld**, da die Arbeitsämter die Vermittlungsmeldungen kostenlos zur Verfügung stellen, und das Unterhaltungsprogramm wird durch die Bekanntgabe der offenen Stellen in keiner Weise beeinträchtigt. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so geht doch die Beschaffung von Arbeit und Brot der Unterhaltung voraus. Man darf erwarten, daß der Reichspost- und der Reichsarbeitsminister schon in Kürze die entsprechenden Maßnahmen treffen werden, damit das Radio so schnell wie möglich in den Dienst der öffentlichen Arbeitsvermittlung gestellt werden kann.

Es bleibt nicht zuletzt Aufgabe der Arbeiterorganisationen, dafür zu sorgen, daß die Programme wesentlich umgestaltet werden und der Unterhaltungscharakter nicht gar zu sehr in den Vordergrund tritt. Die Kulturorganisationen haben insbesondere ein Interesse daran, diese Ueberwachung und Umgestaltung des Rundfunks durchzuführen zu helfen. Es müßte auch möglich sein, in Notzeiten, wie wir sie gegenwärtig haben, erwerbslosen Rundfunkhörern die Gebühr zu erlassen, oder zum mindesten erheblich herabzusetzen. Alle Weltanschauungstendenzen sollten im Rundfunk gebildet und mit möglichst gleichem Maße gemessen werden. Ebensovienig wie die Presse kann der Rundfunk auf die Dauer eine direkte oder indirekte Zensur vertragen.

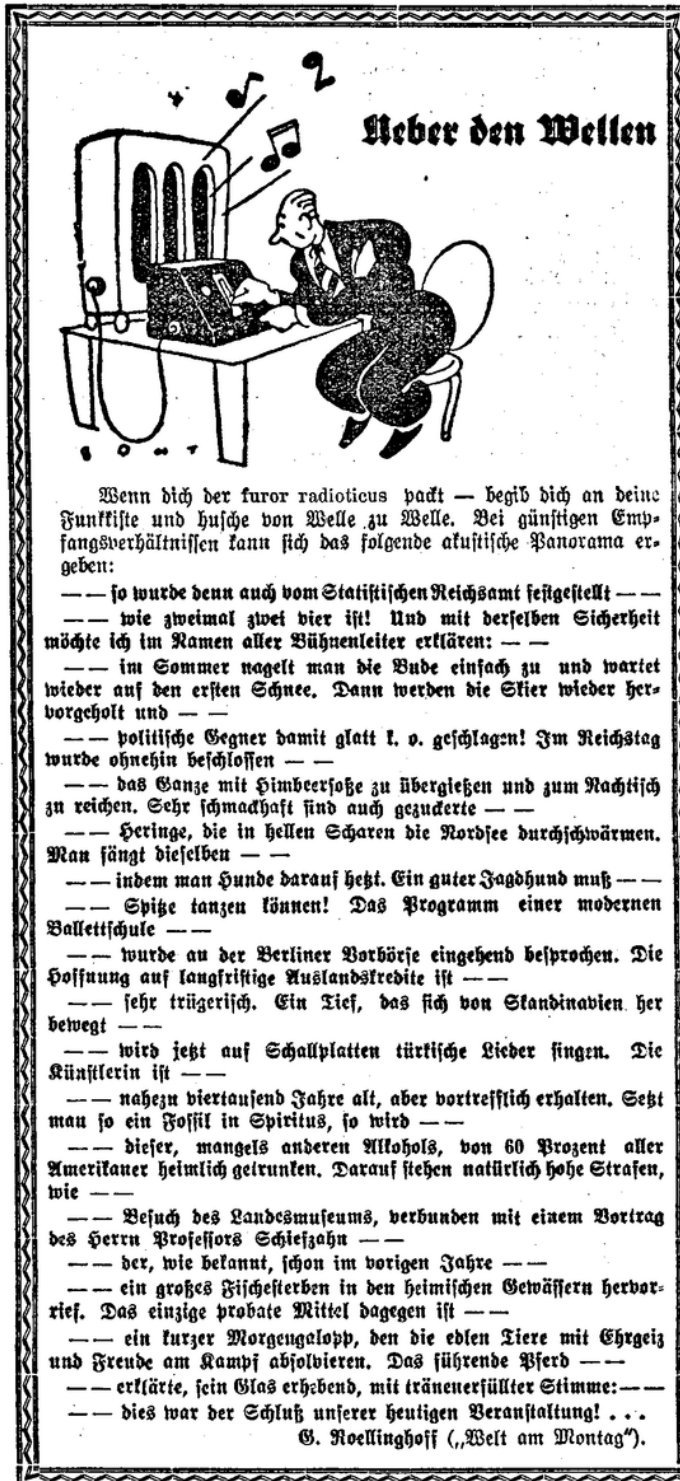
Das Wunder des Rundfunks, das jeden Menschen unserer Zeit auch heute noch immer wieder in Erstaunen setzen muß, ist beileibe noch nicht am Ende seiner Entwicklung. Schon treten neue Pläne in den Vordergrund, um ein Fernsehen mit dem Rundfunk zu verbinden. Manche technischen Fortschritte konnten schon heute angewandt werden, wie z. B. die Zulassung von Kurzwellensendern für den Einzelgebrauch der Vereine usw. Vor allem internationaler Austausch von wertvollen Kulturprogrammen, wie das heute bereits hier und da vor sich geht. Die Organisation des Arbeiter-Radio-Bundes wird sicher alles daran setzen, um alle diese Dinge zu fördern. Je rühriger wir uns auf diesem Gebiet betätigen, um so größer die Aussicht, einmal den Rundfunk zum wirklichen Kulturförderer zu gestalten im Sinne der kulturellen Bestrebungen der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterschaft. ed.

# Die Arbeiter-Radio-Internationale

Die wachsende Erkenntnis und Bedeutung der Arbeiterradio-Bewegung für die gesamte Arbeiterschaft kam besonders auf dem im September d. J. in Prag abgehaltenen Kongreß der Arbeiter-Radio-Internationale zum Ausdruck. Wer die Bedeutung des

seinen Ausführungen forderte er Aktivierung der Arbeiterhörer durch Förderung der Arbeiterradiovereine, die auch eine kulturelle Aufgabe zu erfüllen haben, ferner Hörerzirkel, Ausbau positiver Rundfunkkritik in der Arbeiterpresse, stärkere Beteiligung an der Programm-

gestaltung und Eindringen in die Verwaltung des Rundfunks. — Dr. Luitpold Stern, Wien, sprach über Krieg, Proletariat und Radio. Dazu fand ein österreichischer Antrag Zustimmung, der darauf hinweist, daß der Rundfunk im Kriegsfall ein wichtiges Mittel der Kriegsführung wird und der die Bekämpfung dieses Mißbrauchs des Rundfunks mit allen der Wissenschaft zu Gebote stehenden Mitteln zur Pflicht macht. — Andere Beschlüsse der Konferenz forderten die Auswertung des Rundfunks für die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft, den internationalen Austausch wichtiger Darbietungen, die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterradioorganisationen von den Sendegesellschaften, die Veranstellung eines alljährlichen internationalen Arbeiterfunktages und die Bereitstellung der Sender zur würdigen Begehung der Gedenk- und Festtage der Arbeiterbewegung. — Nachdem bindende Satzungen internationaler Art einstimmig Annahme gefunden hatten, wurde der Vorsitzende des österreichischen Bundes, Genosse Nationalrat Zelenka, Wien, der Obmann der Gewerkschaft des Post- und Telegraphenpersonals ist, zum Präsidenten und der Geschäftsführer und Programmleiter des holländischen Bundes Swertbroek, Hilversum, zum internationalen Sekretär gewählt.



Über „die Dienstbarmachung des Rundfunks für die Arbeiterklasse“ referierte auf dem internationalen Kongreß der Generalsekretär der Arbeiterakademie Genosse Professor Pažak. In

schaften gehen wöchentlich 15 500 Briefe ein. — Am 1. April 1925 betrug die Gesamthörerzahl des deutschen Rundfunks 778 868. Am 1. April 1930 betrug sie 3 238 396. Auf der ganzen Welt hörten Ende 1929 22 500 000 Menschen Radio. — Die wirtschaftliche Bedeutung des Rundfunkwesens drückt sich in der Jahresumsatzzahl 1929 aus: es wurden insgesamt 400 Millionen Mark umgesetzt. — Die deutsche Funkindustrie beschäftigte im Jahre 1929 17 000 Leute. — Der deutsche Rundfunk verbraucht jährlich etwa 125 Millionen Kilowattstunden Elektrizität, was einem Geldwert von rund 31 250 000 Mk. entspricht. — Um den deutschen Rundfunk entstand eine Literatur von 500 Büchern und 61 Funkzeitschriften, die eine Gesamtauflagenhöhe von 2 500 000 Exemplaren erzielten.

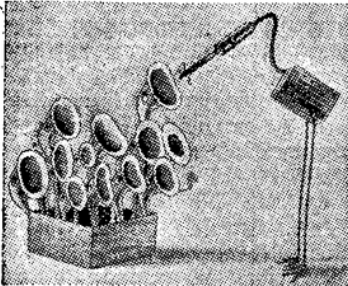
## Spinnennetz des Rundfunks

1924 hatte der deutsche Rundfunk insgesamt 13 000 Betriebsstunden. Fünf Jahre später zehnmal soviel (130 000). — Mit den heute vom Rundfunk benutzten Kabelleitungen könnte fast die ganze Erdkugel umspannt werden (etwa 40 000 Kilometer). — Der deutsche Rundfunk beschäftigte 1929 38 000 Vortragende und Künstler vorübergehend. Dazu 1585 festangestellte Künstler. — Er zahlte 1929 an die nicht dauernd beschäftigten Mitwirkenden 5 650 000 Mk. Honorare. — Bei den deutschen Sendegesell-



# Welchen Empfänger soll man wählen?

Wenn uns die langen Winterabende ans Zimmer fesseln, wird erhöht das Bedürfnis nach Unterhaltung und Weiterbildung wach. Das Radio kann beides bieten. Die Anschaffung eines Apparates scheidet aber meist an der Kostenfrage. Hat man sich aber doch mühsam das notwendige Geld zusammengespart, dann taucht die schwere Frage auf: Welchen Empfänger soll man wählen?



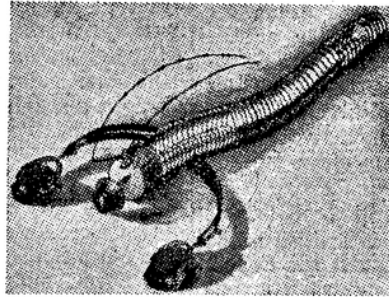
Antennenreiherr mit jungen Lautsprechern

Diese Frage ist oft gestellt worden, aber sie ist nicht immer gültig und ohne Vorbehalt zu beantworten. Für die Wahl eines Rundfunkapparates ist von ausschlaggebender Bedeutung, unter welchen lokalen Verhältnissen der Apparat zu arbeiten hat: der „garantierte Fernempfang“ des Händlers nützt dem Käufer gar nichts, wenn er zu Hause feststellen muß, daß starke örtliche Störungsquellen nur gerade noch den Empfang des Lokalsenders zulassen. Oder die starke einfallende Energie dieses Lokalsenders bedingt eine höhere Abstimmfähigkeit (Selektivität), als dem empfohlenen Empfangsgerät nach Aufbau und Schaltungsart eigen ist. Schließlich ist auch noch die absorbierende Wirkung der Umgebung, die besonders in der Großstadt unvorteilhaft groß sein kann, zu berücksichtigen. Daraus geht hervor, wie notwendig die vorherige genaue Untersuchung der lokalen Verhältnisse ist, sei es, daß man sich in der Nachbarschaft bei guten Freunden über die Empfangslage unterrichten kann, sei es, daß man zur zuverlässigen eigenen Feststellung mit dem Händler eine probeweise Aufstellung eines Gerätes in der Wohnung vereinbart.

— Diese Voruntersuchungen, bei denen auch die für die Reichweite günstigeren Nachtstunden gegenüber den Tageszeiten entsprechend zu bewerten sind, klären die Lage schon erheblich, sie entscheiden zumeist die Frage, ob überhaupt Fernempfang möglich ist oder ob man zugunsten eines guten Ortsempfanges auf einen fragwürdigen und wenig befriedigenden Fernempfang verzichten soll. Siegen die Umstände nach irgendeinem Gesichtspunkt hin, sei es bezüglich des Ortsenders, der Störungsfrage oder sonst irgendwie, so hat es keinen Sinn, dennoch einen Fernempfang durchsetzen zu wollen. Man kann wohl unter entsprechendem Aufwand vieles erreichen, aber kaum steht der praktische Erfolg in gesundem Verhältnis zu den aufgewendeten Kosten. Unter solchen Umständen ist es immer klüger, sich ausschließlich mit dem bequem erreichbaren Lokalprogramm zu begnügen.

Die einfachste und billigste Empfängerform, der Kristalldetektor-Empfänger, ist nur da zu verwenden, wo eine genügende Energieaufnahme möglich ist, denn die von ihm gelieferte Lautstärke entspricht direkt der vom Sender aufgefangenen Energie. Je größer die Nähe zum Sender, um so eher ist diese Voraussetzung erfüllt, wenn nicht zu große Metallmassen, Eisenbetonbauten usw., die Empfangsmöglichkeiten komplizieren. Mit guter Hochantenne ist meist auch noch auf größere Entfernung, bis zu 30 Kilometer und mehr, ausreichende Kopfhörerlautstärke zu erzielen. Zum Lautsprecherbetrieb reicht die Detektorlautstärke normalerweise nicht aus, der Uebergang zum Lautsprecherempfang würde die Hinzuschaltung eines Niederfrequenzverstärkers bedingen. Für denselben Kostenaufwand, da ohnehin hierfür Batterien notwendig wären, stehen aber schon kleine Röhrengeräte zur Verfügung, die in der Regel drei Einzelröhren oder eine Dreifachröhre haben. Wer ein Lichtnetz hat, wird natürlich zum bequemeren Netzgerät greifen, meistens aus nur zwei Röhrenstufen bestehend, zum Teil bereits mit eingebautem Lautsprecher versehen. Als „Ortsempfänger“ beschränken sich diese Typen in der Hauptsache auf die Aufnahme des Lokalsenders, bestenfalls gelingt noch, je nach den Umständen, vielleicht auf langer Welle, die Aufnahme dieser oder jener anderen Station. Auf dem Lande ist auch mit diesen einfachen Mitteln noch eine ganze Anzahl von Sendern aufzunehmen, vorteilhaft wählt man hier wegen der höheren Empfindlichkeit und besseren Abstimmmöglichkeit Typen mit Rückkopplung, trotz gewisser Nachteile, die die Rückkopplung nun mal mit sich bringt.

Die Dreiröhrenempfänger, die überwiegend aus Audion- und zwei Niederfrequenzstufen bestehen, sind größtenteils mit den verschiedenen technischen Hilfsmitteln versehen, die man auch bei den größeren Apparaten anwendet; ihre Leistung greift also schon gut in die des Fernempfangs über. Man wird zufrieden sein, wenn man mit einem solchen Gerät, das ja nur einen Abstimmkreis besitzt, drei, vier oder sechs starke Stationen in guter Klarheit und ausreichender Lautstärke wird hören können, günstige Empfangslage, besonders größere Entfernung von einem Sender dabei vorausgesetzt. Der heute bevorzugte, ausgesprochene Fernempfänger, dessen Röhrenzahl sich um eine Hochfrequenzröhre erhöht, der damit empfindlicher und durch seine zwei Abstimmkreise selektiver (abstimmfähiger) geworden ist, meistert schon schwierigeren Verhältnisse, er vermittelt auch in der Großstadt noch an der allerdings gut angepaßten Innenantenne eine ziemlich große Zahl europäischer Rundfunksender. Aber auch der Zweikreisempfänger darf nicht überschätzt werden, es können Verhältnisse auftreten, denen er nicht gewachsen ist, für die er nicht gebaut ist. Für höchste Ansprüche kommen eben nur die besten und teuersten Apparaturen in Frage, die vorwiegend als sogenannte Ueberlagerungsempfänger noch die Vorteile des Rahmenempfanges ausnutzen, mit denen auch noch in geradezu schlechten Empfangslagen zu arbeiten ist. — Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es für den Käufer eines Radioapparates von Vorteil ist, wenn er sich über die allgemeinen Gesichtspunkte und Voraussetzungen des Rundfunkempfangs, über die sich ihm bieten den Verhältnisse und seine persönlichen Wünsche einigermaßen klar zu werden sucht. Wo noch jeder Maßstab fehlt, ist ein praktischer Versuch an Ort und Stelle noch das beste Mittel, um Klarheit darüber zu schaffen, wie das vorstehende Ziel erreicht werden kann.



Kondensalamander (auch Radiolotl genannt)

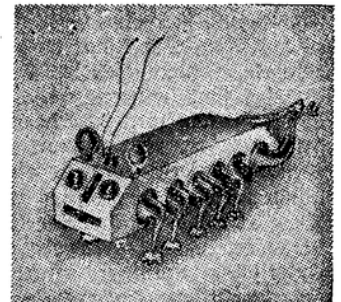
## Das hohe Lied der Arbeit

„Achtung! Achtung!“ schrie der Reporter mit dem Mikrophon in der Hand. „Wir befinden uns mitten im Herzen der Schwerindustrie, hier fühlen Sie den Pulsschlag unseres Jahrhunderts. Leider erfassen die Arbeiter die Schönheit der gigantischen Welt der Maschinen nicht. Sie schauen gleichgültig und stumpf drein. Wir stellen das Mikrophon vor einen solchen Menschen hin. Sie werden hören, daß er nichts zu sagen hat!“

Und da geschah das große Wunder. Plötzlich schmolz der Lärm der Maschinen zu einem leisen Summen zusammen. Ein neuer Klang strömte aus dem Chaos. Groß und gewaltig, von Frische und Reinheit, wie aus einer Riesenorgel kommend. Arbeitersehnsucht sprach: „Ihr seht nur Maschinen und hört den Lärm. Die Menschen — habt ihr vergessen! Die Maschine ist euer Götz. Aber Millionen Menschenhände und Menschenhirne sind auch nur Material! Ihr freut euch der Disharmonien, weil ihr die Gesetze der Harmonie zerkschlagen habt! Ihr jubelt: Das ist Leben! Und doch preßt ihr Lebendiges in Staub und Hitze, in Dampf und Lauge, in Glut und Kälte, stellt ihr es an glühendes Metall und in nervenzerreißenden Lärm! Mörtel sind wir euch im metallischen Gefüge der Arbeit! Unser Sehnsucht kennt ihr nicht! Und unsere Welt habt ihr noch nicht erschaut! In uns lodert wild das Begehren nach Schönheit, Freude und Gemeinsamkeit! Unser Wille verlangt nach einer Welt, wo sich das Chaos auflöst in die harmonischen Formen der Vollkommenheit und Schöne! Wir wollen die Erde zu einem Garten der Lust machen! Die Maschine wird uns nur Dienerin, die Technik nur Helferin sein! Das ist die große Sehnsucht der arbeitenden Menschen! Sie führt uns zu Millionen zusammen, sie lehrt uns den Kampf, um die Mächte der alten Welt zu stürzen, sie gibt uns die Kraft, eine neue Welt zu bauen...“

Der Reporter riß erschreckt das Mikrophon herum und stellte es vor eine Stahlsäge und ließ den schrillen Schrei in den Äther funken. „Achtung! Achtung! Das hohe Lied der Arbeit!...“

R. R. („Arbeiterfunk“.)



Audionofaurus

## Reportage im Radio

„Meine Damen und Herren! In der linken Ecke des Bildes sehen Sie einen Engel, der alle Merkmale eines echten Engels der Hochrenaissance trägt.“ Oder: „Betrachten Sie jetzt auf dem Wenzelplatz das herrliche, gotische Rathaus.“ Wie oft hat der Rundfunkhörer diese und ähnliche Wendungen gehört. Es gab nämlich einmal eine Zeit — sie liegt noch nicht lange zurück —, da niemand fragte, welche Vorträge sich für den Rundfunk eigneten. Frisch und fröhlich wurde erzählt, und Vortragenden wie auch Rundfunkleitern war es im höchsten Grade gleichgültig, ob der Hörer imstande war, sich aus dem Gebotenen ein lebendes, anschauliches Bild zu formen. Diese Kinderkrankheiten hat das Vortragswesen überwunden, leider wüsten sie völlig entfesselt auf dem Gebiet der Rundfunkreportage weiter.

Das Wort Reportage gehört zu den heiligen Begriffen der Gegenwart. Man glaubt auf diese Art das Leben zu erfassen, es richtig zu durchkneten und außerdem noch den letzten Schrei der Aktualität auszustoßen. Wenn man nur einigermaßen kunstgerecht die Oberfläche abtastet, bildet man sich ein, den Namen Dichter in Anspruch nehmen zu dürfen, und dieser Anspruch wird außerdem von allen möglichen Seiten unterstützt. Kein Wunder also, daß auch beim Rundfunk die Reportagen weit über Paris gewertet werden. Zum Schmerz aller Beteiligten liegen jedoch die Dinge hier ganz anders als in der Zeitung oder Zeitschrift. Es kommen bestimmte spezifische Eigenschaften des Rundfunks hinzu, die in seinem Wesen und in seiner Technik verankert sind, Eigenschaften, die auch bei Sendespielen klar in die Erscheinung treten.

Die Unterschiede zwischen einer Opernübertragung und Opernsendung sind nicht besonders groß. Abgesehen von leichten Tonchwankungen, die durch die Bewegung der Sänger auf der Bühne hervorgerufen werden, erhält der Hörer einen starken Eindruck von dem Werk, denn der Hauptakzent ruht auf der Musik, also auf der akustischen Wirkung, die Gesten und die Haltung der Sänger sind von keiner ausschlaggebenden Bedeutung. Das visuelle Moment scheidet im großen und ganzen aus. Bereits beim Schauspiel aber verschiebt sich alles. Pausen zwischen den Worten, die der Darsteller mit stummem Spiel ausfüllt, empfindet der Hörer als Lücken in der Wirkung, Anspielungen auf sichtbare Bühnenvorgänge verpuffen, der Rundfunk spekuliert eben allein auf das Ohr. Und nun zur Reportage!

Gemeint ist hier nicht die Schilderung mehr oder minder wichtiger Tagesereignisse, die den Reiz der Neuheit besitzen. Es handelt sich dabei um Dinge, die in der Zeitung unter der Rubrik „Neues vom Tage“ stehen. Der Rundfunk muß aktuell sein, und über die Art der aktuellen Reportage ist nichts zu sagen, außer daß die Auswahl nicht immer zufriedenstellend ist. Aber mit künstlerischen Grundsätzen darf an diese Art der Reportage nicht herangetreten werden. Das Ereignis, das übertragen wird, entscheidet über die Art der Übertragung. Allerdings drohen dem Rundfunk auch von dieser Seite Gefahren, die in ihrer Größe vielleicht noch nicht erkannt worden sind.

Seit einiger Zeit wird der Plan diskutiert, Streifzüge mit dem Mikrophon durch die Stadt zu unternehmen, interessanten Ereignissen aufzulauern und sie sofort dem Hörer zu übermitteln. Findet man hier eine technische Lösung, so ist dieses Projekt nur zu begrüßen. Der Hörer wird in den Strudel des Lebens hineingezogen, er kann vielleicht Erscheinungen des Lebens beobachten, die ihm sonst entgehen. Die Gefahr liegt nur auf dem Gebiet der Programmstörung. Die aktuelle Reportage soll ein Ereignis brühwarm dem Hörer servieren. Dadurch müssen aber unbedingt Unterbrechungen in irgendeinem Vortrag oder in irgendeiner künstlerischen Veranstaltung eintreten und das hieße: Kultur und Kunst mit dem Knüttel der Aktualität zu erschlagen. Prinzipiell ist zu den aktuellen Reportagen zu bemerken: Sind sie im rein akustischen verankert, entsteht bereits durch die Geräusche ein charakteristischer Eindruck des Vorgangs, dann ist es besser, als wenn erst der Reporter Erklärungen abgeben muß.

Schlimmer wird es aber, wenn gestellte Reportagen übertragen werden, etwa unter dem Titel „Wie entsteht das Porzellan?“ oder „Ein Tag bei Boris“, oder wie diese Unternehmungen heißen mögen. Es handelt sich also um Reportagen, wie wir sie auch in der Tagesliteratur finden. Zwischen Lesen und Hören liegt nun ein gewaltiger Unterschied. Die Übermittlung, die nur an das Ohr appelliert, verlangt eine stärkere Plastik, weil sie schneller vorüberzieht und nicht mehr wiederholt werden kann. Kümmeren sich um diese Dinge die Veranstalter der Rundfunkreportagen?

Eine Reportage entwickelt sich ungefähr folgendermaßen. Ein Reporter schildert bestimmte Ereignisse, die er in der Fabrik sieht und

hört. Hin und wieder läßt er auch einen Arbeiter oder Betriebsleiter reden oder verwickelt ihn in ein Gespräch. Im Hintergrund gewissermaßen hört man die charakteristischen Geräusche des geschilderten Produktionsvorganges. Nun unterscheiden sich Geräusche nicht derart voneinander, daß sie dem Hörer ein scharf umrissenes Bild der Geschehnisse geben, sie können auch mit Virtuosität im Senderaum imitiert werden, Erklärungen eines Sprechers sind also in den meisten Fällen notwendig. Das zugegeben. Aber eine völlige Umstellung hat stattgefunden.

Auf der Jagd nach Reportagen fragt man heute überhaupt nicht mehr, ob ein Produktionsprozeß, der sich vielleicht im Kulturfilm sehr interessant und instruktiv ausnehmen würde, irgendwelche ihn charakterisierende Geräusche entwickelt. Warum auch? Der Reporter kann doch die Vorgänge schildern. Und so geschieht es, daß die Reportage heute da steht, wo sich der Rundfunkvortrag in seinen Anfängen aufhielt. Wieder wird erzählt: „Meine Damen und Herren, hier in der Ecke befindet sich ein großer Ofen, aus dem fünf Röhren herauschauen!“ Nur der Name hat gewechselt, die Tatsachen sind die gleichen geblieben. Reportage oder Vortrag, das ist Jacke wie Hose. Man glaubt, der Masse der Hörer entgegenzukommen, wenn man den Stoff der Reportagen dem werktätigen Leben entnimmt. Das ist richtig, aber aus einer bestimmten Empfindungslosigkeit heraus fragt man nicht, wie die Geschichte in der Übertragung wirkt.

Die Reportage wird zu einem Vortrag oder Dialog, der von einem undefinierbaren Gebrumm untermalt wird. Es ließe sich denken, daß der Sprecher durch die neue Umgebung angeregt wird und besonders geistreiche Formulierungen findet. Die Praxis des Rundfunks ergibt aber ein anderes Bild.

Auch hier ist ein Ausweg zu finden, ein Kompromiß, der wenigstens einigermaßen befriedigt. Der Reporter oder Vortragende, ausgehend von dem visuellen Eindruck, den er dem Hörer kurz skizzieren kann, muß auf den Produktionsprozeß eingehen, nicht auf die äußere Form, sondern auf die innere Struktur. Er muß dem naiven Hörer beispielsweise die Konstruktion eines Hochofens erklären, die chemischen Vorgänge, die sich darin abspielen und die niemand hört und sieht. Dann gewinnt das Referat an Bedeutung. Eine andere Frage, ob ein Reporter dazu imstande ist. Selbst diese Lösung bleibt unbefriedigend. Sie kommt nicht aus dem Wesen des Rundfunks und sie entspricht nicht dem Wesen der Reportage, sondern sie kehrt zum Vortrag zurück. Im Hörspiel löst man sich allmählich von dem Vorbild der Bühne. Die Szene, auf der sich die Vorgänge abspielen, baut sich aus charakteristischen Geräuschen auf. Auch hier noch Anfänge, aber denselben Weg muß die Rundfunkreportage beschreiten, wenn sie ihre Existenzberechtigung erweisen will. Stoffe, die sich ausgezeichnet für einen Kulturfilm eignen, haben im Rundfunk so gut wie nichts zu suchen. Allerdings muß zugegeben werden, daß die größte Zahl der Stoffe, die eine Reportage auswerten kann, im Visuellen verankert sind. Nur wenn sich aber aus der Geräuschkulisse ein für den Hörer scharf umrissenes Bild formt, ist ein Gegenstand für eine Rundfunkreportage gefunden.

Die Sendegesellschaften, in ein bequemes Schema eingefahren, haben, wenn sie die Rundfunkreportage pflegen wollen, die Verpflichtung, die passenden Stoffe zu finden und endlich den Mikrophon, den sie in den meisten Fällen bisher servierten, aufzugeben.

F. Scherretl. „Vorwärts“.

## Eine Landkarte für Radiohörer

Seit einiger Zeit wird in den Vereinigten Staaten lebhafteste Klage darüber geführt, daß bei Radioübertragungen aus Europa die meisten Anfragen aus Städten erfolgen, deren Namen kein Amerikaner kennengelernt hat. Wird eine Übertragung aus Amsterdam gemeldet, so weiß der Hörer sofort, daß es sich in Holland befindet, anders aber ist es schon bei Gravenhage, das nur als Haage bekannt ist. Ganz schlimm aber wird es, wenn Übertragungen aus den Städten Aachen oder Köln angemeldet werden, die der Amerikaner in der Schule nur als Air-la-Chapelle und Cologne kennengelernt hat. Ebenso ist es mit München, dessen Name kein Amerikaner zu bestimmen vermag, wenn man ihn nicht an München erinnert, und mit Firenze statt Florenz, Beograd statt Belgrad, Praha statt Prague usw. Diesen übrigens auch schon früher beklagten Schwierigkeiten im internationalen Verkehr hat jetzt die geographische Gesellschaft in Washington abgeholfen, indem sie für die amerikanischen Radiohörer eine leicht zu übersehende Karte von Europa hergestellt hat, auf der alle größeren Städtenamen, die bei Radioübertragungen gebraucht werden, in der Sprache des jeweiligen Landes verzeichnet sind, während in Klammern die amerikanische Bezeichnung beigefügt ist.



## Reif für die Sozialisierung

Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und die damit zusammenhängenden immer heftiger werdenden Angriffe auf die öffentliche Wirtschaft lassen es notwendig erscheinen, das Gesetz betr. Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919 erneut zur Debatte zu stellen. Jede unwirtschaftliche Zersplitterung, jedes Gegeneinanderarbeiten der großen Versorgungsunternehmen zu vermeiden und allen Bestrebungen auf Vermehrung des privatwirtschaftlichen Einflusses in der Elektrizitätswirtschaft entgegenzuarbeiten war der Sinn dieses Gesetzes. Das Reich soll nach § 2 des Gesetzes befugt sein:

1. das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen, welche zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in einer Spannung von 50 000 Volt und mehr bestimmt sind und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen; 2. das Eigentum oder das Recht der Ausnutzung von Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit (Elektrizitätswerte) mit einer installierten Maschinenleistung von 5000 Kilowatt und mehr, welche im Eigentum privater Unternehmen stehen und nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen; 3. privaten Unternehmern zustehende Rechte zur Ausnutzung von Wasserkraften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, welche nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe bestimmt sind, einschl. des Eigentums an den in Ausübung dieser Rechte errichteten Anlagen und des Rechtes auf Benutzung technischer Vorarbeiten gegen angemessene Entschädigung zu übernehmen.

Nach dem Gesetz sollte das Reichsgebiet bis spätestens 1. Oktober 1921 in Bezirke eingeteilt werden, die nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Elektrizitätsbelieferung sicherstellen.

So wollte es die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung; doch zu den Ausführungsbestimmungen, welche im § 21 des Gesetzes vorgesehen sind, ist es nie gekommen, ebensowenig wie zu einer Errichtung einheitlicher Bezirke für die Versorgung mit Elektrizität. Aus welchen Gründen die Durchführung des Gesetzes bis heute nicht erfolgen konnte, ist allgemein bekannt. Zum Teil werden außenpolitische Gründe angegeben. In Wirklichkeit war die Zusammensetzung des Reichstags aber immer so, daß jeder Eingriff in die Privatwirtschaft von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt wurde. Die Allgemeininteressen wurden den privatwirtschaftlichen Interessen der einzelnen Unternehmungen untergeordnet.

Die Frage aber, wer künftighin in Deutschland die Elektrizität beherrschen wird, ist von ausschlaggebender Bedeutung für die gesamte Wirtschaftspolitik. Die elektrische Energie ist im Begriff, zum unentbehrlichen Produktionsbestandteil in allen Wirtschaftsgruppen zu werden. Die meisten Industrien sind heute schon von der Strombelieferung aus Großkraftwerken abhängig. Die Erzeugung motorischer Kraft in der Industrie wird überwiegend von der elektrischen Energie beherrscht. Noch im Jahre 1907 wurden etwa 75 Proz. der zum Antrieb von Maschinen benötigten Energie durch Dampfmaschinen, Dieselmotoren, Gasmotoren usw. erzeugt. Nur 25 Proz. der Kraft wurden von Elektrizitätswerken geliefert. Im Jahre 1925, für das die letzten Zahlenangaben vorliegen, waren schon 65 Proz. der gesamten motorischen Kräfte elektrifiziert. Das bedeutet also, daß in ganz großem Umfange die unmittelbare Kraft-erzeugung in den einzelnen Betrieben durch den Elektrizitätsbezug ersetzt wurde. In zahlreichen Industriezweigen ist die Primärkraftmaschine fast gänzlich verschwunden. Es ist als sicher anzunehmen, daß diese Entwicklung sich auch in Zukunft weiter fortsetzt. Diese ständig steigende wirtschaftliche Bedeutung der Elektrizität wird vom Privatkapital richtig erkannt. Seit Jahren sind Bestrebungen im Gange, die bestehenden öffentlichen Unternehmungen finanziell auszuhöhlen und über dem Wege der Anleihegewährung durch das private Kapital diesem einen entscheidenden Einfluß auf die kommende Entwicklung zu geben. Einzelne private und gemischtwirtschaftliche Gesellschaften haben heute schon einen so maßgebenden Einfluß in der Elektrizitätswirtschaft, daß es dringend erforderlich ist, durch Gesetzesmaßnahmen einzugreifen.

Das deutsche Elektrokapital versucht in Verbindung mit der ausländischen Finanzwelt die finanzielle Notlage der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Gemeinden, immer mehr auszunutzen, um so seinen Einfluß in der Elektrizitätsversorgung zu verstärken. Ein Beispiel dafür ist die Umwandlung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) in ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen. Hier hat die „Public Utility Holding Corporation of America“ auf dem Umweg über das deutsche Finanzkapital Einfluß gewonnen. Aufmerksamere Beachtung bedürfen auch die Expansionsbestrebungen der Gesürel, hinter der die Sofina mit ihren europäischen und amerikanischen Finanzgruppen steht. Die Situation wird blitzartig beleuchtet durch den Verkauf eines

großen Aktienpaketes der Stadt Berlin, welches diese beim Elektrizitätswerk Südwest besaß, und das von der Gesürel übernommen wurde. Auch in Breslau ist es der Gesürel gelungen, in die Stromversorgung einzudringen. Jetzt kommt die Nachricht, daß die Stadt Mülheim a. d. Ruhr, die natürlich besonders hohe Wohlfahrtskennziffern hat, einen Verzweigungsschritt tun will. Sie will um jeden Preis ihre Schulden- und Zinsenlast verringern und verhandelt deshalb mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen, dem großen westdeutschen, vom Privatkapital beherrschten Elektroriesen, über den Verkauf ihrer stadteigenen Elektrowirtschaft. Gefördert wird diese privatmonopolistische Entwicklung weiterhin durch die überragende Stellung, welche AEG und Siemens-Schuckert-Werke in der Elektroindustrie einnehmen. Es mag noch dahingestellt bleiben, ob für Deutschland die Gefahr eines privaten Elektrizitätsmonopols in greifbare Nähe gerückt ist. Notwendig ist aber, scharf darüber zu wachen, daß die Entwicklung in diesem Sinne nicht ausreißt. Aufgabe der gesetzgebenden Körperschaften ist es deshalb, das Sozialisierungsgesetz erneut zu überprüfen und für schleunigste Verabschiedung der notwendigen Ausführungsbestimmungen Sorge zu tragen.

Um dem Neben- und Gegeneinanderarbeiten, welches mangels eines Gesetzes entstehen mußte, entgegenzuwirken, wurde 1928 die Aktiengesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft gegründet (Deutsch-Elektra). Die Gründung erfolgte durch die Reichselektrowerke, die Preag (Preußische Elektrizitäts-AG.) und die Bayernwerke. Die Aufgabe der Deutsch-Elektra ist, den wirtschaftlichen rationellen Stromaustausch und den gemeinsamen Leitungsbau ihrer Mitglieder zu fördern. Dabei soll Steinkohlen-, Braunkohlen- und Wasserkraftstrom so miteinander verbunden werden, daß jedem von ihnen die zweckentsprechenden Aufgaben zugewiesen werden, und ein gegenseitiger Austausch eintreten kann. Darüber hinaus steht im Programm der neuen Gesellschaft als wichtigster Punkt der Bau und Betrieb gemeinsamer Stromerzeugungsanlagen.

Im letzten Jahre haben sich weitere Elektrizitätsunternehmen der Deutsch-Elektra angeschlossen. Gegenwärtig gehören der Deutsch-Elektra folgende Unternehmungen an: Reichselektrowerke AG., Preußische Elektrizitäts-AG. (Preag), Bayernwerke AG., AG. Sächsische Werke, Gesürel-Gruppe, Württembergische Landeselektrizitäts-AG., Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE.), Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW.), Badenwerk.

Obwohl seit Gründung der Gesellschaft geraume Zeit vergangen ist, hat man bisher über die praktische Tätigkeit nichts gehört. Bemerkenswert ist hierbei, daß das musterquältige Pumpspeicherwerk in Hengsten von dem gemischtwirtschaftlichen RWE. erbaut und betrieben wird, obwohl im Programm der Deutsch-Elektra als wichtigster Punkt der Bau und Betrieb gemeinsamer Stromerzeugungsanlagen vorgesehen ist.

Es muß verlangt werden, daß die planmäßige Reichselektrizitätswirtschaft endlich zur Tatsache wird. Da dies — wie es den Anschein hat — auf freiwilligem Wege über die Aktiengesellschaft für deutsche Elektrizitätswirtschaft nicht gelingt, muß zur praktischen Durchführung des Gesetzes über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft geschritten werden. Allerdings dürfte sich das Gesetz nicht auf die Hochspannungsleitungen beschränken, sondern müßte die gesamte Elektrizitätserzeugung und -verteilung umfassen. Dabei kann dahingestellt bleiben, inwieweit die übrigen öffentlichen Körperschaften bei der Verteilung mit herangezogen werden. Die Erfahrungen, welche die Länder und Gemeinden in den letzten Jahren in der Elektrizitätswirtschaft gesammelt haben, müssen bei Schaffung des Gesetzes nutzbringend verwertet werden.

Und nun zu der Frage: Ist im neuen Reichstag eine Mehrheit für die Schaffung eines solchen Gesetzes vorhanden? Rein theoretisch muß diese Frage bejaht werden; denn Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verfügen über eine erdrückende Mehrheit. Die Nationalsozialisten müssen zeigen, ob sie ihre Auffassung und ihr Programm, die Vergesellschaftung der dafür reifen Industriezweige, die sie vor der Wahl proklamierten, wahr machen wollen. Die Sozialdemokratie wird auch im Kampf für die Sozialisierung der Energiewirtschaft führend sein gemäß ihrem Parteiprogramm, nach dem Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen sind.

Josef Orlopp.

# Bildungsarbeit

## Das Berufsschulwesen für ungelernete Arbeiter in Deutschland

II. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 44.)

Im Volksmunde weiß man, was man unter dem Begriff des „Ungelernten“ zu verstehen hat. Sobald man aber an eine klare Begriffsbestimmung herangeht, wird man finden, wie schwer dieser Begriff zu begrenzen ist; denn die „Ungelernten“ gehen über die „Angelernten“ zu den Gelernten über. Feste Grenzen gibt es da nirgends. Dafür einige Beispiele: Die Gewerbeordnung sieht für Handwerkslehrlinge recht eingehende und strenge Vorschriften vor. Lehrvertrag, Rechte und Pflichten des Lehrlings, des Lehrherrn, des gesetzlichen Vertreters, den der Lehrling hat, Gesellen- und Meisterprüfung, Innungswesen, Ausbildungsüberwachung usw. sind genau geregelt. Das alles trifft aber eben nur die Handwerkslehrlinge. — Sobald nun ein Betrieb nicht zum Handwerk, sondern zur Industrie gehört, gelten diese Vorschriften nicht mehr. Industrielle Betriebe brauchen einer Innung nicht anzugehören und unterliegen dann auch nicht den Vorschriften über die Lehrlingsausbildung. Für die industriellen Betriebe sind auch die Handwerkskammern nicht zuständig. Industriekammern können zwar auf landesgesetzlicher Grundlage oder aus freiwilligem Entschluß der Industriellen geschaffen werden, aber sie haben längst nicht die straffen Rechte, die die Handwerkskammern gegenüber den Innungen und den Handwerksmeistern haben. Auch die kaufmännischen Firmen sind der Reichsgewerbeordnung nicht unterworfen. Zwar läßt das Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich die Gründung von Handelskammern zu, die unter Umständen auch die Industrie umfassen; zwar können auch Landesgesetze dahingehende Bestimmungen schaffen, aber die Vorschriften über die Lehrlingsausbildung, wie sie die Gewerbeordnung vorsieht, sind nirgends dem Handel und der Industrie auferlegt.

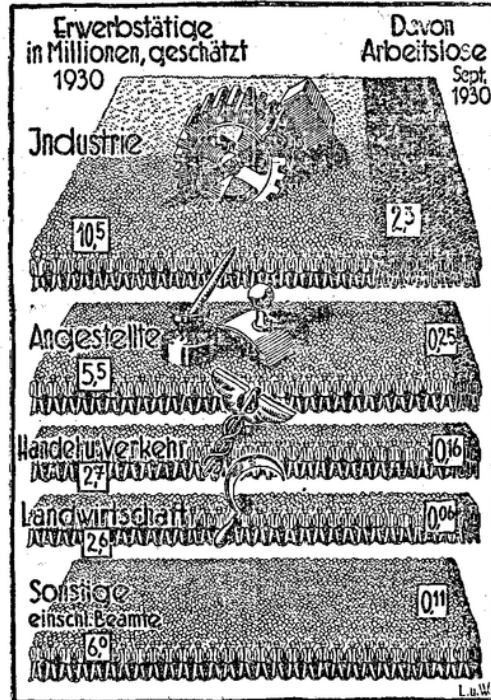
Darum ist die Lehrlingsausbildung in der Industrie und dem Handel ganz der freien Entschliessung der Firmen überlassen. Dem verflochtenen Reichstage lag der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Berufsausbildung der Jugend vor. Dieses Gesetz, das nicht verabschiedet worden ist, sah eine einheitliche Festsetzung der beruflichen Ausbildung aller Jugendlichen im Handwerk, in der Industrie und im Handel vor. Lediglich die Landwirtschaft, die Hauswirtschaft und die öffentlichen Betriebe sollten davon ausgenommen sein, ebenso die Familienbetriebe, wo die Jugendlichen im Hause der Eltern tätig sind. Leider ist dies Gesetz bis heute nicht fertig geworden. Es hätte einen großen Fortschritt für die Berufsausbildung der Jugend bedeutet.

In der Industrie und im Handel ist es also den Beteiligten freigestellt, ob sie Lehrverträge abschließen wollen oder nicht. Auch die Länge der Lehrzeit und die Form des Abschlusses, durch Prüfung oder einfaches Zeugnis, ist bisher ganz ins Belieben der Beteiligten gestellt. Die Industrie nimmt nun vielfach ihren Nachwuchs einfach aus dem Handwerk, dem sie die Ausbildung von Lehrlingen überläßt, oder sie bildet die Lehrlinge in ihrer Art aus, oft sogar recht gut. Sie macht dabei Unterschiede zwischen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, ohne daß diese Unterschiede sehr bemerkbar wären. Dabei gehen schon die Grenzen zwischen beiden Gruppen von Jugendlichen ineinander über.

Auch im Handwerk ist es ähnlich. Wenn auch die meisten Handwerke durchaus feste Formen zeigen und in Zwangsinnungen ihre Organisation haben, so gibt es doch Betätigungszweige, die sich erst in der Entwicklung zum Handwerk befinden und nur stellenweise handwerkliche Formen (Zwangsinnungen, Lehrlingsausbildung usw.). Hier sind also die Grenzen zwischen Gelernten und Ungelernten unsicher.

Daselbe trifft auf landwirtschaftliche, hauswirtschaftliche und Familienbetriebe zu. Ob z. B. die Jugendlichen, die in Ladengeschäften tätig sind, zu den Gelernten oder den Ungelernten gehören oder gar, wenn es sich um Familienbetriebe handelt (auch bei Gastwirtschaften und in der Landwirtschaft gibt es solche Fälle sehr zahlreich), gar nicht zu den gewerblich Tätigen gerechnet werden, ist sehr strittig und gesetzlich in keiner Weise geregelt.

Einen großen Teil der Ungelernten stellen nun die Verkehrsbetriebe. Da gibt es Laufburschen, Packer, Markthelfer, Austräger, Kutscher, Decksungen auf Schiffen, Hilfsarbeiter aller Art, die sämtlich, wenigstens in der Regel, als Ungelernte gerechnet werden. Sie bevölkern, soweit die Berufsschulpflicht für sie eingeführt ist, die Berufsschulklassen für Ungelernte, ohne daß immer ganz scharf Grenzlinien gegenüber den Gelernten gezogen werden können. — Wenn nun die von mir ermittelte ungefähre Zahl von 100 000 ungelernen Jugendlichen, die zur Berufsschulpflicht herangezogen werden, betrachtet wird, so muß dabei bedacht werden, daß sie nur einen Teil der tatsächlichen ungelernen männlichen Jugend darstellen. Da die öffentlichen Verkehrsbetriebe bei dieser Betrachtung so gut wie ganz ausfallen, läßt sich ermesen, daß die ermittelte Zahl weit unter der tatsächlichen bleibt. — Wenden wir uns nun wieder den Angaben der Schulen zu. Da sind zunächst die absoluten Zahlen, die die Städte angeben, recht interessant. Berlin hat natürlich die größte Zahl, rund 16 000. Es folgen Hamburg, Köln und Essen mit je rund 4500, in weitem Abstand sodann Breslau, Dortmund, Düsseldorf, Königsberg und Danzig mit je rund 2000. Duisburg und Hamborn, die nunmehr vereinigt sind, haben zusammen rund 3000. Zwischen 1500 und 2000 sind in Leipzig, Dresden, Barmen-Elsfeld, Hindenburg und Gelsenkirchen-Buer, zwischen 1000 und 1500 in München, Frankfurt a. M., Chemnitz, Stettin, Mannheim, Bochum, Aachen, Mülheim a. d. Ruhr und Oberhausen. Alle übrigen Großstädte und sämtliche Mittelstädte, dann natürlich auch alle kleineren Städte, bleiben unter 1000. Bemerkenswert ist, daß die süddeutschen Städte im allgemeinen sehr niedrige



Wer ist arbeitslos? Das ist die Frage die das Bild beantwortet. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Anteil der Arbeitslosen heute größer ist, als diese Zahlen angeben, da wir Ende Oktober rund 3,3 Millionen Arbeitsjunge hatten. Deshalb muß immer stärker die Forderung auf Kürzung der Arbeitszeit erhoben werden, damit wenigstens ein Teil der Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht werden kann.

Zahlen, die westdeutschen Industriestädte sehr hohe Zahlen haben. Eine genauere Uebersicht bieten allerdings erst die Verhältniszahlen. Berechnet man die angegebene absolute Zahl auf je 1000 Einwohner, so stehen Hindenburg (15,23 Promille) und Solingen (14,30 Promille) obenan. Es folgen dann Oberhausen mit 10, Essen, Aachen, Hamborn (ohne Duisburg), Danzig, Recklinghausen, Trier und Sterkrade mit mehr als 9 Promille.

Der Durchschnitt liegt ungefähr bei 3½ auf 1000 Einwohner. Von den Groß- und Mittelstädten gehört etwas mehr als die Hälfte zu der Gruppe mit mehr als 3½ pro Tausend, während die kleinere Hälfte darunter bleibt. Unter den Städten der ersten Gruppe liegen mehr als zwei Drittel im westdeutschen Industriegebiet, unter den Städten der zweiten Gruppe sind zahlreiche süddeutsche.

# Unsere Jugend

Hammer. Ueber „Warum Verkürzung der Arbeitszeit unter besonderer Berücksichtigung der Jugendlichen“ sprach Gewerbelehrer Rademacher am 17. Oktober d. J. bei der Gewerkschaftsjugend des Bekleidungsarbeiter- und des Gesamt-Verbandes, wobei er u. a. auch die 40stündige Arbeitswoche forderte. — Dem Vortrage folgte eine rege Aussprache. In dieser wurde noch das 9. und 10. Schuljahr erwähnt, deren Einführung ebenfalls zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Jugendgenossen (so war der Schluß), nur jeder einzelne von uns kann bestimmen was er erreichen, wenn er es will. Ihr dürft nicht schüchtern sein und denken, ich als einzelner kann doch nichts verrichten. Es kommt auf jeden von uns an. Jeder kann zum Verband gehen und um Abhilfe bei Mißständen ersuchen, denn dazu sind die Verbände ja geschaffen. Nur so können wir den Uebelständen entgegenzutreten. Harmonisch klang der Abend aus. Der Schluß endete mit dem Liebes: „Wir reichen uns die Hände, Genossen, all' zum Bund“. J. Ge.



## Aus unserer Bewegung

**Bezirk 5 Brandenburg-Grenzmark.** Die Konferenz der Betriebsvertretungsmitglieder am 8. und 9. November im Gewerkschaftshaus in Berlin wurde in Form eines Lehrganges durchgeführt. Die Leitung lag in den Händen des Kollegen Klatt. Die Grundgedanken über die Durchführung des Lehrganges waren in einem Schriftchen: „Wie wollen wir lehren und lernen?“ niedergelegt. Bereits bei Behandlung der Frage: „Für welche Betriebe und Arbeitnehmer ist eine Betriebsvertretung zu bilden?“ setzte eine rege Fragestellung ein, nachdem Kollege Klatt die einschlägigen Bestimmungen des BRG. verlesen und erläutert hatte. Eine besondere Rolle bei Klärung der von dem Vortragenden aufgeworfenen Frage, was unter Kommunalbetrieben zu verstehen sei, spielten die gemischtwirtschaftlichen und die in einer anderen Rechtsform geführten Betriebe der Kommunen. Bei der Behandlung des Personenkreises wies Kollege Klatt darauf hin, daß gerade die Frage: „Wer ist Arbeitnehmer?“ im praktischen Leben eine besondere Rolle spielt. Er verwies dabei auch auf die kürzlich erfolgte Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in der Streitfrage der kurz beschäftigten Arbeitnehmer. Einen breiten Raum nahm die Erörterung der Arten der Betriebsvertretung und ihre Wahl ein. Zur besseren Veranschaulichung des Aufbaues des Gesamtbetriebsrats und des gemeinsamen Betriebsrats lag den Teilnehmern eine Bildtafel vor. Kollege Klatt betonte, daß bei Ermittlung der Anzahl der Beschäftigten Wert auf die Bezeichnung: „in der Regel Beschäftigte“ zu legen ist. Dann wird man manchen Betrieben, die sonst vertretungslos bleiben würden, zu einer Betriebsvertretung verhelfen können. Das gleiche trifft auf die Wahl von gemeinsamen Betriebsräten für die verschiedenen Betriebszweige von Gemeinden zu. Wir haben ein Urteil erstritten, das den Magistrat der Stadt Meseritz veranlaßt, dem Verlangen auf Schaffung eines gemeinsamen Betriebsrats zu entsprechen. Für das Wahlverfahren selbst betonte Kollege Klatt ausdrücklich die unbedingte Notwendigkeit der Innehaltung sämtlicher Vorschriften und der Aufbewahrung der Wahlakten mindestens für die jeweilige Amtsdauer, damit eventuellen Anfechtungsklagen wirksam begegnet werden kann. Die Ausführungen über die Aufgaben der Betriebsvertretung wurden wirksam durch weitere Bildtafeln unterstützt. Hierauf ergriff Kollege Brückner das Wort, um die Kollegen auf eine viel vernachlässigte Aufgabe hinzuweisen: die Ueberwachung der Maßnahmen zur Unfallverhütung. Das größte Interesse beanspruchte naturgemäß das Einspruchsverfahren. Kollege Klatt ließ aus den Reihen der Teilnehmer eine Arbeitsgerichtskammer bilden, und auch Prozeßvertreter des klagenden Arbeitnehmers sowie der beklagte Arbeitgeber wurden von den Teilnehmern gestellt. Zur Verhandlung stand eine konstruierte Einspruchsklage gegen die fristlose Entlassung wegen Arbeitsverweigerung und Beleidigung des Arbeitgebers und in Verbindung mit der Einspruchsklage die Lohnklage. Als Ergänzung zu den vorausgegangenen Ausführungen und Debatten über das Einspruchsverfahren war diese praktische Demonstration von besonderem Wert. — Kollege Emil Riedel vom Verbandsvorstand sprach über „Rechtsprechung zum Einspruchsverfahren“ und zu den Schutzbestimmungen aus dem Betriebsrätegesetz. Er wies auch noch einmal auf die vor der improvisierten Arbeitsgerichtskammer verhandelte Einspruchs- und Lohnklage hin und empfahl, ebenso wie Kollege Klatt, in solchen Fällen die Einspruchsklage aussetzen zu lassen, bis die Lohnklage entschieden ist. Ueber den Begriff „unbillige Härte“ läßt sich ein allgemein unfaßbarer Begriff nicht geben. Es muß geprüft werden, ob aus sozialen Gründen die Entlassung dieses Arbeiters gerade notwendig war. Zu den Schutzbestimmungen führte Kollege Riedel die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts in zwei Fällen an und betonte dabei, daß wir auch in der Zukunft bestrebt sein müssen, den Schutz der Betriebsvertretungsmitglieder weiter auszubauen. Er schloß mit der Aufforderung, die Betriebsvertretungsmitglieder mögen sich in jedem Falle, in dem sie nicht ganz klar sehen, an die Organisation wenden. Wenn Betriebsvertretung und Organisation zusammenarbeiten, werden wir auch vorwärts kommen.

**Halle a. d. S.** Die Ortsgruppenverwaltung Halle, zu der auch die Orte Merseburg, Querfurt, Mücheln, Hettstedt, Könnern, Brehna, Schkeuditz und die dazwischen liegenden Ortschaften gehören, hielt am 25. Oktober ihre Generalversammlung ab. Kollege Thiem gab den Bericht über die Fachabteilungen, Straßen- und Kleinbahner, Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft, Reichsverband der Berufskraftfahrer, Handels- und Transportgewerbe, Werksbahner und Berufsfeuerwehrmänner. Nach ihm berichtete Kollege Ferchlandt über die Fachgruppen Kammereibetriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Reichs- und Staatsbetriebe, Wasserbau, Gärtnerei, Gesundheitswesen und Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen (RBA). Aus den Berichten sowie aus dem Kassenbericht des Kollegen Wehlschläger ergab sich die Tatsache, daß die Ortsgruppenverwaltung die stattliche Schar von 5300 Mitgliedern zählt, und daß die Lohn- und Gehaltsverträge eine vorbildliche Regelung erfahren haben. Auch die Berichte aus den einzelnen Zahlstellen bewiesen eifrige und unermüdete Zusam-

menarbeit zwischen Mitgliedschaft, Verbandsfunktionären und Verwaltung. Dies kam auch besonders dadurch zum Ausdruck, daß der Verwaltung einstimmig Entlastung für das 3. Quartal erteilt wurde, das mit einem Etat von 62 344,53 Mk. bilanziert.

**Dresden.** Die Generalversammlung am 6. November 1930 eröffnete Kollege Rose. Er gedachte der im Berichtsquartal verstorbenen 40 Mitglieder. Darauf erstattete Kollege Kurpat den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl beträgt am Quartalschluß 22 793. Lohnbewegungen konnten 2 mit Erfolg abgeschlossen werden. Sonstige Lohn- und Tarifverhandlungen fanden 12 statt; 4 davon vor dem Schlichtungsausschuß und 2 vor sonstigen Schiedsinstanzen. In diversen Streikfällen mußte mit Arbeitgebern in 55 Fällen bei 26 Betrieben mit 10 189 Beteiligten und mit Behörden in 28 Fällen verhandelt werden. Klage- und Beschwerdefachen wurden vertreten vor dem Arbeitsgericht 146, vor dem Landesarbeitsgericht 2, vor dem Amtsgericht 50, im Schlichtungsausschuß 5 und vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes 11. In 1181 Fällen wurden mündliche Auskünfte in Arbeiterversicherungs- und Rechtsachen erteilt. Schriftstücke für Mitglieder sind 47 und Eingaben an Behörden 31 gemacht worden. Rechtschusanträge wurden 57 bearbeitet. Die Anträge verteilten sich auf 22 Kraftfahrer, 23 Droschkenschaffreure, 5 Straßenbahner, 1 Kutscher, 3 Autobusfahrer, 1 Beitragskassierer und 2 Feuerwehrmänner. Der Erfolg war: 5 Verurteilungen, 8 Freisprüche, 2 Verfahren eingestellt und 28 sind noch unerledigt. Die Rechtschuhkosten betragen 2497,53 Mk. — Den erwerbslosen Mitgliedern ist eine besondere Zuwendung aus Mitteln der Ortskasse von insgesamt 2985,23 Mk. in Naturalien gewährt worden. Auch Weihnachten soll ähnlich wie in den Vorjahren an die Erwerbslosen gedacht werden. — Die sogenannte „Rote Internationale“ (RG.I.) hat sich auf ihrem Kongreß im September mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigt. Die Arbeiterzerpflitterung soll weiter betrieben werden. Es wird aufgerufen, eigene gewerkschaftliche Organisationen aufzuziehen. Trotz der Lehren in den anderen Ländern, wie beispielsweise in der Tschechoslowakei, wird es nun hier auch in Deutschland unternommen. Dieser Zerpflitterungsarbeit muß der schärfste Kampf angefangen werden. — Hierauf erstattete Kollege Richter den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betragen 265 694,43 Mk., die Gesamtausgaben 265 133,45 Mk. Trotzdem wir durch den Umzug besondere Ausgaben hatten und auch die Sonderzuwendung an die Arbeitslosen aus Ortsmitteln finanziert wurde, hat sich der Kassenbestand von 183 130,57 auf 183 691,55 Mk. erhöht. An Unterstützungen wurden gezahlt: Krankenunterstützung 26 623,90 Mk., Arbeitslosenunterstützung 19 473,90 Mk., Sterbeunterstützung 7072,50 Mk., Notfallunterstützung 741 Mk., Rechtschuhunterstützung 2497,33 Mk., Invalidenunterstützung 2079 Mk., Invalidenunterstützung aus dem Unterstützungsfonds 968,55 Mk., Reiseunterstützung 140,50 Mk. Die Beitragsleistung ergibt einen Durchschnittsbeitrag von 1,05 Mk. pro Mitglied. Die Mitgliederzahl in der Fakultät erhöhte sich von 2911 auf 2962. Die Einnahmen betragen 10 439,20 Mk., die Ausgaben 4240,98 Mk. Auch in der Rentka (Renten- und Pensionszuschußkasse) hat sich die Mitgliederzahl um 72 auf 747 Mitglieder erhöht. Die Gesamteinnahmen betragen 7740,44 Mk., demgegenüber steht eine Ausgabe von 1396,68 Mk. — Kollege Rose konnte mitteilen, daß der Verbandsvorstand beschlossen hat, für die Uebergangszeit der Invalidenunterstützung bis zum 1. Januar 1940 den Kriegsteilnehmern die Kriegszeit bei der Berechnung der Feststellung der Unterstützung anzurechnen. Kollege Richter gab dann noch bekannt, daß die für den 16. November vorgesehene Operettenaufführung am 30. November im Trianon stattfindet. Versuchsweise werden erstmalig verschiedene Platzpreise von 50, 75 Pf. und 1 Mk. erhoben. Kollege Heider brachte dann den Delegierten die Wohlfahrtsunterstützungskasse (Wuka) in empfehlende Erinnerung.

**Stuttgart.** In der Delegierten-Generalsammlung am 3. November 1930 befaßte sich Kollege Engelhardt eingehend mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und deren Auswirkungen auf die Arbeitnehmer. Der Bericht über die Arbeiten der einzelnen Abteilungen zeigte, daß es der Ortsverwaltung gelang, den vielfach geplanten Abbau in Lohn, Urlaub usw. abzuwehren. Mit Recht wurde festgestellt, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen auch die Abwehr geplanter Verschlechterungen in der Lohnhöhe oder sonstiger sozialer Bestimmungen ein gewerkschaftlicher Erfolg ist. Besonders schwer drückt sich die Wirtschaftskrise auf die Kollegen Kraftfahrer, Handels- und Transportarbeiter aus. In diesen Gruppen ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. Auch bei der Straßenbahn sind Verkehrsrückgänge eingetreten. Geplante Entlassungen konnten durch eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich drei Stunden ohne Lohnminderung unterbunden werden. — Der Kassenbericht zeigte eine weitere Festigung der Organisation. Die Zahl der Mitglieder beträgt 10 301. Die anschließende Aussprache anerkannte die Arbeit der Ortsverwaltung und deren Funktionäre. Der Vorsitzende konnte feststellen, daß die Tätigkeit der Ortsverwaltung ohne Widerpruch gutgeheißen wurde.

### Politische und wirtschaftliche Wochenschau

**Nazitrawall in der Berliner Universität.** Am 12. November verteilte die Sozialistische Studentenschaft ein Flugblatt. Sie wurden von nationalsozialistischen Studenten überfallen und ein Sozialist blutig geschlagen. Die Polizei greift ein. Später wiederholten sich die Naziangriffe in der Universität selbst, wobei eine jüdische Studentin von Nazis zu Boden geworfen, mißhandelt und mit Füßen getreten wurde. Die Polizei räumte schließlich den Vorhof der Universität mit dem Gummi knüppel. Die Eugenbergs- und Naziblätter verurteilten nicht die Kadaverhelden, sondern die Polizei.

**Der Beirat des deutschen Metallarbeiterverbandes und der Vorstand des ADGB** verurteilen in scharfen Resolutionen den Metallschiedspruch.

Der **Lebenshaltungszindex** stand im Monatsdurchschnitt Oktober auf 145,4. Er war somit 1 Proz. niedriger als im September.

**Zwei ungesetzliche Naziversammlungen** hat der neue Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, verboten.

Ein **Bergtrutz** in Lyon stürzte eine Reihe Häuser, darunter ein Schweißerwohnhaus, ein und tötete hundert Personen.

### Internationale Rundschau

**Beschlüsse des Vorstandes des IGB.** Die auf dem Stockholmer Kongress des IGB. gefaßten Beschlüsse beschäftigten die Vorstandssitzung des IGB am 30. September und 1. Oktober in Amsterdam. An Stelle des Generalsekretärs Sassenbach wurde der bisherige Untersekretär Schevenels, Belgien, gewählt. Der neue Generalsekretär ist von Beruf Metallarbeiter. Die Wahl des neuen Hilfssekretärs wird im Dezember erfolgen. Die Uebersiedelung des IGB nach Berlin wurde mit Rücksicht auf die im April 1931 in Madrid tagende Ausschusssitzung vom 1. April auf den 1. Juli 1931 verschoben, eine Maßnahme, die wir sehr bedauern. Zur Prüfung gemeinsamer Gesichtspunkte zur Durchführung der wirtschaftspolitischen Richtlinien des IGB. wurde eine Kommission, bestehend aus 4 Vertretern der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt. Der Vorstand befaßte sich weiter mit der Frage der Arbeitslosigkeit und bestimmte eine Kommission mit der Aufgabe, zu untersuchen, welche Maßnahmen zur Behebung derselben ergriffen werden können. Weiter beschloß der Vorstand, der von der SAL. eingeleiteten Anti-Kriegsaktion zuzustimmen und eine intensive gewerkschaftliche Propaganda in den Ländern der Diktatur durchzuführen. Die vom Stockholmer Kongress beschlossene festere Eingliederung der Berufsinternationale in den IGB. soll vom Sekretariat jetzt eingeleitet werden.



Worauf warten Sie? — Auf den Preissturz!

### RUNDSCHAU

**Der Rückgang der Einzelhandelsumsätze.** Das Institut für Konjunkturforschung berechnet die Umsätze im gesamten Einzelhandel und gibt einen Vergleich mit den Umsätzen in früheren Jahren. Für das erste Halbjahr 1930 ergab sich ein Rückgang der Gesamtumsätze des Einzelhandels um rund 5 Proz. unter Vorjahreshöhe. Stärker war der Rückgang im Juli und August, und zwar um 8 Proz. geringer als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Von dem Rückgang sind alle wichtigen Warengruppen betroffen, vor allem stark auch die Umsätze in Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, die als Folge der Arbeitslosigkeit in den ersten 8 Monaten d. J. um mehr als 6 Proz. zurückgingen. Wenn im Kultur- und Luxusbedarfshandel der Rückgang geringer ist als in den Branchen für tägliche Bedarfsartikel, so muß man bedenken,

**Einzelhandelsumsätze Jan.-Aug. 1930 gegen 1929 (in v. Hundert)**

<b>Nahrungsmittel</b>	
Warenhäuser	100,8
Gemischte Waren-geschäfte	97,1
Konsumver-eine	95,0
Lebensmittel-geschäfte	93,3
<b>Herrenkonfektion</b>	
Warenhäuser	86,9
Fachgeschäfte	91,0
Herrenwäsche	95,7
<b>Damenkonfektion</b>	
Warenhäuser	96,6
Fachgeschäfte	93,0
Damenwäsche	97,7
<b>Haus- u. Möbel</b>	
Warenhäuser	91,3
<b>Optik- u. Musik</b>	
Warenhäuser	96,5

daß in dieser Branche bereits im Vorjahr die Umsätze verhältnismäßig sehr niedrig waren. Die letzten drei Monate des Jahres sind für die Geschäftsleute im allgemeinen die besten. Da aber in diesem Jahre die Derringerung der Einkommen besonders stark ist, so dürfte auch für das nächste Vierteljahr von 1930 der Umsatz hinter Vorjahreshöhe bleiben. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt, daß für das vierte Vierteljahr in Deutschland ein Umsatzausfall von zwei Drittel Milliarden eintritt.

### Jetzt beweise, Kollege ...

Ich fragte ihn: „Bist du in der Partei?“  
 „Noch nicht“ — sagte der Kollege, und sah an mir vorbei ...  
 „Aber,“ setzte er hinzu, und es klang, als ob er's schwöre: „Wenn's gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre!“

Ich fragte ihn: „Bist du in dem Verband?“  
 „Noch nicht“ — sagte der Kollege, und betrachtete seine Hand ...  
 „Aber,“ setzte er hinzu, und es klang, als ob er's schwöre: „Wenn's gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre!“

Ich fragte ihn: „Bist du wenigstens im Konsumverein?“  
 „Noch nicht“ — sagte der Kollege und wurde ganz klein ...  
 „Aber,“ setzte er hinzu, und es klang, als ob er's schwöre: „Wenn's gilt, dann weiß ich, wo ich hingehöre!“

Nun, es gilt jetzt, Kollege, ich nehm' dich beim Wort!  
 Doch mit „Wenn“ und „Aber“ kommst du nicht fort!  
 Schluß mit dem kleinlichen Zögern und Schwanken!  
 Die Reaktion erhebt ihre Pranken,  
 Die Masse, die Klasse schart sich zusammen,  
 Schon zuden die alten, heiligen Flammen —  
 Jetzt beweise, Kollege, was du immer beschwörst:  
 Jetzt stelle dich dorthin, wo du hingehörst!  
 Lull, ein Dirker.

### VERBANDSTEIL

Den Bezirks- und Ortsverwaltungen sind zur Verbreitung unter den Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten unseres Organisationsgebietes Flugblätter übersandt worden. Das Flugblatt ist in Massenaufgabe erschienen und wird in der Zahl von 200 000 Stück durch unsere Organisation verteilt. Unsere Funktionäre und Mitglieder werden gebeten, den Bezirks- und Ortsverwaltungen in jeder Weise behilflich zu sein, damit dieses Flugblatt nicht nur unter unseren, sondern auch in den Kreisen der DBB-Mitglieder Verbreitung findet. Der Verbandsvorstand.

Verlagsanstalt „Courier“-GmbH. des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelstr. 41/42  
 Verantwortlicher Redakteur Emil Dietz, Berlin SO 56, Schleißische Straße 42